

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Um den Lohn des deutschen Arbeiters

Um zu beweisen, daß die von ihm verwalteten Mittel gut angewandt werden, hat der Arbeitsminister Stegerwald vorige Woche im Haushaltsausschuß des Reichstags eine Rede gehalten, die einiger Aufmerksamkeit wert ist. Es versteht sich, daß ein Arbeitsminister heutzutage vor allem über die Arbeitslosigkeit reden muß. Und da sagte Herr Stegerwald: ein Allheilmittel gegen die Arbeitslosigkeit gebe es nicht; am wirksamsten erscheine ihm das Programm der Reichsregierung, dessen Ziel es sei, unter allen Umständen Ordnung in die öffentlichen Finanzen zu bringen. — Wer Ohren hat zu hören, der höre! Was der Herr Minister hier sagte, heißt in diesem Zusammenhang: aus öffentlichen Mitteln soll weniger und immer noch weniger für die Arbeitslosen gegeben werden. So „heilt“ man im kapitalistischen Staat die Arbeitslosigkeit.

Auf ähnlicher bedenklicher Höhe standen verschiedene andere Äußerungen des Ministers. Er bekannte sich als entschiedener Gegner von Subventionen — außer, wo „Interessen des ganzen Volkes auf dem Spiele stehen“. Für die Praxis bedeutet dies, daß der Herr Minister sich vorbehält, in jedem einzelnen Fall für Subventionen zu entscheiden. Oder: er ist gegen die Arbeitsdienstpflicht; aber der Gedanke der „freiwilligen“ Arbeitsdienstpflicht „hat zweifellos viel für sich“. (Preisfrage: wie sieht ein „freiwilliger“ Dienst aus? Da könnte man es vielleicht gleich „freiwilligen Zwang“ nennen?) Und so gehts immer weiter. Bei jedem einzelnen Punkt drückt sich der Minister so vorsichtig aus, daß man mit demselben Recht ein Ja wie ein Nein herauslesen kann. Was für ein hervorragender „Staatsmann“ ist doch aus diesem ehemaligen Arbeiter geworden! Bei der Verkürzung der Arbeitszeit ist er sogar offenerherzig genug zu sagen, daß er sowohl dafür als auch dagegen ist.

Indessen sind das alles nur sozusagen einleitende Vorbemerkungen. Weit wichtiger dürfte es sein, daß der Minister davon sprach, es sei eine allgemeine Lohnkürzung um 20 bis 25 vH beabsichtigt. Die Leser der Metallarbeiterzeitung erinnern sich, was wir in dieser Hinsicht vor ein paar Wochen ausgeführt haben. Ursprünglich, noch im vorigen Herbst, sprachen die Unternehmer von 3 oder 5 oder allenfalls 8 vH Lohnabbau. Es wurden dann zunächst meist 6 vH daraus. Aber bald forderten sie mehr, 15 vH, und heute ist man soweit, daß man 20 bis 25 vH als das Selbstverständliche hinstellt. Gewiß hat der Minister sich dagegen erklärt; aber was das wert ist, zeigen die obigen Kostproben zur Genüge. Auch hat er sich wieder vorsichtig genug ausgedrückt: er halte eine allgemeine Lohnkürzung von 20 bis 25 vH „für falsch“; ein allgemeiner Lohnabbau von 20 bis 25 vH sei für Deutschland „kein Allheilmittel“. Nur gegen den „allgemeinen“ Lohnabbau in dieser Höhe wendet er sich. In jedem einzelnen Fall kann er ihn immer noch eutheißen. Und wenn er kein „Allheilmittel“ ist, so doch vielleicht Heilmittel für jeden Unternehmer, der ihn gerade verlangt?

Dabei hat der Minister in dieser selben Rede — um doch auch den Arbeitern etwas Angenehmes zu sagen — eine Äußerung getan, die das alles über den Haufen wirft; die beweist, daß selbst vom kapitalistischen Konkurrenzstandpunkt aus der deutsche Arbeiter viel zu wenig Lohn bekommt. Wir haben erst kürzlich (in Nr. 9) mitgeteilt, daß die deutsche Ausfuhr sich günstiger entwickelt hat, als die aller anderen großkapitalistischen Staaten; daß also die Höhe der deutschen Arbeitslöhne dem jedenfalls nicht im Wege gestanden hat. Das sagte auch Herr Stegerwald und fügte hinzu:

„daß in den skandinavischen Ländern, in England, Holland und der Schweiz die Löhne meist höher, in den übrigen europäischen Ländern meist niedriger sind als in Deutschland. Die Lohnhöhe ist aber kein ausreichender Maßstab für die internationale Wettbewerbsfähigkeit, es kommt auch darauf an, was für die Löhne geleistet wird. Hinsichtlich der Leistung steht der deutsche Arbeiter mit an der Spitze aller europäischen Länder.“

Sehr richtig, was der Herr Minister da sagte. Aber wenn dem so ist, dann wollen wir doch mal ein wenig Adam Riese zur Hand nehmen. Im Lohn steht der deutsche Arbeiter in der Mitte der europäischen Länder, in der Leistung mit an der Spitze. Machen wir uns das mal durch eine Tabelle anschaulich. Die könnte etwa so aussehen:

	Lohn	Leistung
Beste Länder	125	125
Deutschland	100	125
Schlechte Länder	75	50

Wer nun nachrechnet, der findet, daß der Unternehmer in den besten Ländern für eine Leistung von 125 auch 125 Lohn zahlen muß, in den schlechten Ländern für dieselbe Leistung sogar 187½, in Deutschland aber nur 100. Man darf diese Tabelle nicht mißverstehen. Die Zahlen sind ausgedacht, weil wirkliche Zahlen nicht gegeben sind. Aber das hat eine Bedeutung nur für die Größe der Unterschiede. Wenn es jedoch wahr ist, daß der deutsche Arbeiter in der Leistung mit an erster Stelle steht, im Lohn dagegen nur in der Mitte, dann bekommt

er für die gleiche Leistung weniger als jeder andere europäische Arbeiter. Davon beißt die Maus keinen Faden ab, wenn auch die Unterschiede vielleicht nicht so groß sind, wie sie in der Tabelle aussehen. Und damit stimmt ja auch die günstige Entwicklung der deutschen Ausfuhr überein.

Doch noch etwas anderes stimmt damit überein. Dr. Kuczynski hat seine Berechnung über den wirklichen Reallohn des deutschen Arbeiters (wir haben früher schon gelegentlich davon Mitteilung gemacht) jetzt bis Januar 1931 fortgesetzt. Die Ergebnisse sind grauenhaft. Wenn man zu den Tariflöhnen die tatsächliche Höherbezahlung sowie auch die tatsächlich gezahlte Arbeitslosenunterstützung hinzurechnet, und auf der andern Seite davon abzieht die Verluste durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie die Steuern und Sozialbeträge, die der Arbeiter zahlt, so war das Einkommen des deutschen Arbeiters

1930 um 8½ vH kleiner als 1929,
 um 11 vH kleiner als 1928.

Und im Januar 1931 stand es bereits um 15 vH niedriger als im Durchschnitt 1929. Wenn man den amtlichen Lebenshaltungs-Index zugrunde legt (der bekannt-

lich die Preise der Lebensmittel zu klein angibt), dann hätte der deutsche Arbeiter im Januar 1931 rund 40 vH mehr Lohn kriegen müssen, um nur die Waren kaufen zu können, die der amtliche Index enthält. Niemals seit 1927 (wo die Berechnungen Kuczynskis beginnen) hat der deutsche Arbeiter auch nur entfernt soviel Lohn gehabt, wie die Lebenshaltung nach dem amtlichen Index kostete. Dafür zum Schluß die folgenden Zahlen:

	Durchschnitt der deutschen Industriearbeiter			Metallarbeiter	
	Kosten der Leb. haltg. M	Tats. Lohn M	Fehl-betrag vH	Tats. Lohn M	Fehl-betrag vH
1927	47,65	40,55	15	40,55	15
1928	49,—	42,70	13	43,85	10
1929	49,65	42,20	15	42,—	15
1930	47,55	36,95	22	35,05	26
Jan. 1931	45,30	32,75	28	30,35	33

Mit aller Deutlichkeit tritt in diesen Zahlenreihen hervor, erstens wieviel der Lohn hinter dem notwendigsten Bedarf zurückbleibt, zweitens wie sich dies in den letzten Jahren immer mehr verschlimmert hat. Wäre nicht der Widerstand der Gewerkschaften, so hätte der rücksichtslose Angriff des Unternehmertums schon jetzt die Lebensmöglichkeit der deutschen Arbeiter vernichtet. Die Zahlenreihen zeigen, was geschehen muß, wenn nicht der deutsche Arbeiter und mit ihm die deutsche Wirtschaft rettungslos zugrunde gehen soll. Ibykus.

Macht Arbeitsplätze frei!

Als vor einiger Zeit die Preussische Staatsregierung ihre Arbeitsbeschaffungspläne der Öffentlichkeit übermittelte, haben sicherlich Tausende und aber Tausende, die seit Monaten, teilweise sogar seit Jahren auf den Augenblick warten, wieder Arbeit zu erhalten, einen kleinen Hoffnungsschimmer bekommen. Die Zahl der Arbeitslosen steigt von Woche zu Woche, und von dem angekündigten Programm ist bis jetzt leider nicht das geringste verwirklicht worden, ja es hat noch nicht einmal den Anschein, als ob in absehbarer Zeit irgend etwas verwirklicht werden sollte. Das ist bitter, und wir sind der Meinung, daß so die Dinge auf die Dauer nicht gehen und daß in der Tat die Reichs- und Staatsregierung die Aufgabe haben, das Problem der Arbeitslosigkeit nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis zu lösen. Das wird aber nur möglich sein, wenn diese Körperschaften zunächst einmal bei sich selbst anfangen, und deswegen ist es ganz unerhört, daß bis heute noch in den Reichsbetrieben, bei der Reichsverwaltung, bei der Reichspost und teilweise auch in den Staatsbetrieben bis zu 54 Stunden in der Woche gearbeitet wird.

Die Einführung der 48-Stunden-Woche in diesen Betrieben ist unumgängliche Notwendigkeit, und zwar nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Beamten. Es geht nicht an, immer nur den anderen, in diesem Falle den Unternehmern, theoretisch zu empfehlen, möglichst eine Arbeitsstreckung herbeizuführen, wenn man selbst das Gegenteil davon tut.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß allein

in den preussischen Polizeiverwaltungen eine Anzahl Arbeiter und Handwerker beschäftigt werden könnten, deren Arbeit heute von aktiven Polizeibeamten ausgeübt wird, und zwar immer mit der Begründung: „Aus Mangel an Mitteln.“ Ein Hinweis, der nach unserer Ansicht so fadenscheinig ist wie nur irgend etwas; denn wenn man weiß, daß die Polizei für manche anderen überflüssigen Zwecke Geld hat, dann soll man in Anbetracht der gegenwärtigen Lage, bei den Millionen Arbeitslosen die Beschäftigung von Arbeitern nicht mit solchen Argumenten ablehnen...

Ein ebenso leidiges Kapitel ist die Frage der Doppelverdiener in den Reichs-, Staats- und auch einem Teil der Privatbetriebe. Der im Monat Dezember von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingereichte Antrag zur Beschäftigung der Doppelverdiener hat sicherlich unter der Arbeiterschaft, vor allen Dingen unter den Arbeitslosen, außerordentlich liebevolle Aufnahme gefunden. Es muß aber dabei zum Ausdruck gebracht werden, daß er in dieser Form noch einer Ergänzung bedarf, und zwar muß er auch auf die Privatbetriebe ausgedehnt werden...

Was nun aber endlich die Frage der Doppelverdiener anbelangt, so muß dazu mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß hier die Reichs- und Staatsstellen bis jetzt in einer Art und Weise versagt haben, die nur dann verständlich gewesen wäre, wenn auf dem Arbeitsmarkt 4 Millionen Arbeiter gesucht werden würden, statt umgekehrt. Wir sind jederzeit in der Lage, den Nachweis zu führen, daß im Reich und in Preußen Leute, vor allen Dingen pensionierte und aktiv im Dienst stehende Beamte, die monatliche Einkommen von 150 bis zu 300 und 400 M haben, gegen ein weiteres Entgelt auf anderen Posten beschäftigt werden, mitunter sogar an mehreren Stellen. Wir haben Fälle festgestellt, daß pensionierte Beamte im Besitze von drei Steuerkarten sind. Einmal sind sie Pensionäre, zweitens als Aufseher in staatlichen Museen tätig und abends noch als Karten-einnehmer im Theater. Das sind Dinge, zu deren Beseitigung man keinen gesetzgeberischen Akt braucht, sondern die auf dem Wege einer einfachen Verwaltungsanordnung sofort erledigt werden könnten, wenn nicht der bürokratische Verwaltungsapparat hindernd im Wege stände.

Auch in den privaten Theatern und Lichtspielhäusern sieht es nach dieser Richtung hin sehr böse aus. Auch dort werden vielfach abends Leute beschäftigt, die tagsüber in anderen Stellen tätig sind. Nicht selten werden diese Aushilfen dadurch zu Lohn-drückern, weil es ihnen ja schließlich nur darauf ankommt, einen Nebenverdienst zu haben. Man soll nicht einwenden, daß es sich hier ja nur um sogenannte Stundenarbeiter handelt.

Aus dem Inhalt

Um den Lohn des deutschen Arbeiters — Macht Arbeitsplätze frei	81
Generalversammlung bei Siemens — Das ist der Kapitalismus	82
Rißfreies Härten von Stahl — Wie schließt man den Lautsprecher an? — Mit Thermit gegen den weißen Tod	83
Klärt uns auf! — „Mütter werden nicht alt“	84
Technische Messe 1931	85
Sitzung des Erweiterten Beirats — Vom Vorstand	86
Die Geldgeber des Faschismus — Was der Stahltrübs verschweigt — Wie in Bamberg wars überall	87
Schriftschau — Anzeigen	88



Arbeitslose, die unter Umständen seit Monaten aus- gesteuert und lediglich auf das Fürsorgeamt angewiesen sind, würden es dankbar begrüßen, wenn sie wenigstens diese stundenweise Beschäftigung hätten. Jedenfalls er- fordert die Solidarität jedes Gehalts- und Lohn- empfinders in dieser Notzeit, daß er freiwillig aus der Doppelbeschäftigung ausscheidet. Tun sie es nicht, dann muß eben durch andere Maßnahmen nachgeholfen werden. Länger erträglich ist dieser Zu- stand auf keinen Fall, und wir hoffen zuversichtlich, daß unsere Reichs- und Landtagsabgeordneten und auch unsere Spitzenorganisation, der ADGB, bei den maß- gebenden Stellen nunmehr mit aller Entschiedenheit darauf hinwirken, daß in der Frage der Arbeits- beschaffung in dieser Hinsicht etwas mehr Dampf da- hinter gemacht wird.

Mit einem Wort soll noch darauf hingewiesen sein, daß alle theoretischen Erörterungen über die Einführung des neunten Schuljahres hinfällig sind. Es kommt darauf an, daß es eingeführt wird, und zwar möglichst sofort und ohne Einschränkung. Das Land bedarf des neunten Schuljahres genau so dringend wie die Stadt. Lehrkräfte sind genug vorhanden, und die Kosten zu all diesen Fragen bleiben letzten Endes nur eine geldliche Umrechnung. Ob man in Deutschland 2 Milliarden für Arbeitslose ausgibt oder für Ein- schaltung eines weiteren Schuljahres einen Teil davon wegnimmt, bleibt sich letzten Endes ganz gleich. Dringend nötig wäre in diesem Zusammenhang auch die von mir schon früher an dieser Stelle gestreifte Frage der Einführung eines gesetzlichen Mindesturlaubs für alle Arbeiter. Auch dadurch könnte manchem Ar- beitslosen geholfen werden. Die Vertreter der Industrie werden gewiß auch dagegen Argumente haben und sie bestimmt mit der derzeitigen finanziellen Notlage ab- tun. Aber wir als Gewerkschaften müssen uns darüber klar sein, daß wir auf die Vertretung dieser Forderungen nicht verzichten können, und schon erst recht nicht, weil wir wissen, daß dieses alte Klageglied der Industrie jederzeit dann angestimmt worden ist, wenn es sich darum handelte, Arbeiterforderungen in die Tat umzu- setzen.

Jedenfalls möchten wir Taten sehen, nicht Theorien und schöne Bekanntmachungen, von denen unsere Arbeitslosen nicht satt werden.

(David Stetter in der Gewerkschaftszeitung.)

Her mit der gesetzlichen 40-Stunden-Woche

Ein Betriebsrat schreibt: Die ständig und noch immer stark wachsende Zahl der Erwerbslosen zwingt selbst die Kreise, die bisher der alten gewerkschaftlichen Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit ein schroffes Nein entgegensetzten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Es ist keine Seltenheit, daß selbst das Unternehmertum aus eigenem Antrieb dazu über- geht, ihre Betriebe kurz arbeiten zu lassen. Man könnte meinen, daß ob diesem Entgegenkommen der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit wesentlich erleichtert werde, und es gibt Gegner der Gewerkschaften, die nun daraus ableiten möchten, daß die Dauer der Arbeitszeit nicht durch gewerkschaftlichen Kampf, sondern zwangsläufig durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt werde. Diese gefährliche Illusion kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Dasselbe Unternehmertum z. B., daß seiner Belegschaft durch Anschlag bekannt gibt, daß es aus reiner Liebe zu ihr kurz arbeiten läßt, um nicht größere Entlassungen vornehmen zu müssen, setzt bei Abschluß von Tarifverträgen der Verkürzung der Arbeitszeit den größten Widerstand entgegen, ja es hat sogar oftmals die Stirn, trotz der riesigen Erwerbslosigkeit tarifliche Erhöhung der Arbeitszeit zu verlangen. Das Unternehmertum will nicht die allgemeine und gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie die Gewerkschaften fordern, sondern betrachtet sie nur vom Standpunkt des Profits. Es will die jetzt zwangsweise kürzere Arbeitszeit mal dulden, sie aber nicht gesetzlich festgelegt wissen. Der Kollege aus Osnabrück, der in seinem Artikel: Die 40stündige Arbeitswoche muß her, schreibt sehr deutlich, daß es dort dem Unternehmertum gelungen ist, die Arbeitszeit von 24-57 Std. (je nach der Produktionslage) selbst zu bestimmen.

Ähnlich liegen die Dinge bei der I. G. Farbenindustrie. Auch diese Unternehmerruppe hat freiwillig die Verkürzung der Arbeitszeit angeordnet, weigert sich aber ganz entschieden, sie allgemein durchzuführen. Erleichtert wird diesen Herrschaften das Spiel dadurch, daß es sich bei der I. G. zum Teil um durch- gehende Betriebe handelt. Aber auch für die übrigen Betriebe bestehen Schwankungen von 40 bis 48 Std., zu einem kleinen Teil sogar 54 Std., die Überstunden gar nicht gerechnet.

Berücksichtigt man, daß die Eigenart der chemischen Industrie nur zu einem kleinen Teil eine handwerksmäßige Produktion zuläßt, so wird man sich leicht errechnen können, daß hier ver- sucht wird, mit weniger Arbeitszeit dieselbe Produktion zu erreichen. Eine derartige Kurzarbeit ist also keine Lösung des Arbeitslosenproblems im gewerkschaftlichen Sinne, sondern lediglich eine Rationalisierung der Arbeitszeit. Diese Rationalisierung wird also, wie es die Praxis lehrt, zu keinen Neueinstellungen führen und somit auch nicht zur Lösung des Erwerbslosenproblems beitragen. Hier muß von den Gewerkschaften der Hebel angesetzt werden. Schluß mit der Kurzarbeit — Her mit der gesetzlichen 40-Stunden- woche! Zur Erreichung dieses Zieles wird allerdings nicht nur der Reichstag, sondern auch die Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft notwendig sein.

Lohnabbau verstärkt die Arbeitslosigkeit

Nach den Feststellungen der Reichsstatistik der Arbeitslosen- versicherung ist die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Hälfte des Monats Februar noch um 196 000 gestiegen. Die Zunahme hat sich ziemlich verlangsamt. Insgesamt waren am 15. Februar 1 409 000 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist ein Mehr von 16 Millionen zu verzeichnen. Der Arbeitsmarkt hat also trotz des milden Winters noch keine Entlastung erfahren. Interessant ist eine Meinung des Konjunkturstatistates. Es kommt im Wochenbericht vom 21. Februar folgendermaßen zum Ausdruck: „Zu dem starken Anwachsen der konjunkturellen Arbeitslosig- keit haben Einschränkungen der Beschäftigung in fast allen Industriezweigen beigetragen. Wenn man von den Saisongewerben ab- sieht, die gleichfalls in diesem Winter ihre Beschäftigung stärker als üblich einschränken mußten, so waren es in den letzten Monaten vor allem die großen Branchen der Verbrauchs- güterindustrie, die wieder in großen Umfang Arbeitskräfte freigesetzt haben. Die Beschäftigung der Produktionsgüter- industrie sank zwar auch beträchtlich; jedoch war hier das Tempo des Rückganges nicht so stark wie bei den Verbrauch- güterindustrie.“ Was geht aus diesen Worten klar hervor? Die gewaltige Einschränkung der Kaufkraft der breiten Massen hat ein Nachlassen der Nachfrage auf dem Markt der Ver- brauchsgüterindustrie nach sich gezogen. Deshalb tritt die Arbeitslosigkeit hier verstärkt in Erscheinung. Der Lohnabbau verstärkt eben die Krise.

Generalversammlung bei Siemens

Der Teller-Jongleur oder der Elefant im Porzellanladen

Von Julius Fries

Schon die Geschäftsberichte des Siemens-Konzerns ent- hielten wieder wie in den Vorjahren Beweise für die sture, rückschrittliche Lohnpolitik dieses führenden Unternehmens. Diesmal wird nicht nur eine durch- schnittliche Lohnsteigerung von 30 vH behauptet, nicht nur erneut gegen die sozialen Lasten gewettert, diesmal versteigt sich die Verwaltung sogar zu der Behauptung, daß es Unfug sei, immer von der fehlenden Kaufkraft der Massen zu reden, es fehle vielmehr die Kaufkraft der — Unternehmungen. Rund 24 000 Arbeiter und An- gestellte wurden im abgelaufenen Geschäftsjahre abge- baut, wodurch der Siemens-Konzern bei einem Durch- schnitts-Wochenlohn von 40 M rund 1 Million M wöchentlich oder 50 Millionen M im Jahre spart. Statt dieses Rechenexempels aber wird im Bericht wieder lang und breit ausgerechnet, wie hoch die Sozialbelastung ist, und hinzugefügt, daß durch die Steigerung der Bei- träge in der Arbeitslosenversicherung dem Unternehmen im neuen Jahre bei gleichbleibender Belegschaft eine Be- lastung von 6,5 Millionen M gegen 3,5 Millionen M in diesem Jahre entsteht.

Die Zahl der bei der Siemens & Halske AG und der Siemens-Schuckertwerke AG sowie bei den völlig unter ihrem Einfluß stehenden Tochtergesellschaften im In- und Ausland Beschäftigten betrug am Ende des Ge- schäftsjahres 113 000 gegen 137 000 im Vorjahre, davon in den reichsdeutschen Betrieben 81 000 gegen 100 300 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Belegschaftszahl ist demnach, wie von der Verwaltung selbst hervor- gehoben wird, auf den Stand des Jahres 1926/27 zurück- gegangen. Die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter für die in den deutschen Betrieben beschäftigten Per- sonen wird — ohne daß dieser Betrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erscheint — im Bericht mit 257 Mil- lionen M angegeben. Die Umrechnung auf den Kopf der Belegschaft ergibt einen Durchschnitts-Wochenlohn von 61 M, womit aufs deutlichste bewiesen ist, daß in dieser Gesamtlohnsumme die Gehälter der Oberbeamten und Direktoren enthalten sind.

Die starke Verringerung der Zahl der Beschäftigten wird in dem Bericht damit zu rechtfertigen gesucht, daß auf einigen der wichtigsten Gebiete im Schwachstrom- geschäft seit 1926 die Preise um über 25 vH gesenkt wurden. Dies sei möglich gewesen, einmal durch Neu- konstruktionen, im übrigen aber durch „Arbeitskräfte ersparende Maßnahmen“, durch die, wie es dann weiter heißt, „der Anteil des Lohnes an den Gesteigungs- kosten stark herabgedrückt wurde“, eine Fest- stellung, die, wenn sie bei Tarifverhandlungen von Ge- werkschaftsseite vorgebracht wird, stets mit Entrüstung und überheblicher Geste zurückgewiesen wird. Trotz dieses starken Belegschaftsabbaues ist bei Siemens & Halske, die das Schwachstromgeschäft pflegen, der Um- satz mit 300 Millionen M gleich hoch geblieben wie im Vorjahre. Bei der Siemens-Schuckertwerke AG, die das Starkstromgeschäft pflegt, ist der Umsatz von 550 Mil- lionen auf 500 Millionen M zurückgegangen, also bei weitem nicht in dem Umfange wie die Belegschaftszahl.

Siemens & Halske halten denn auch die Dividende mit 14 vH auf gleicher Höhe wie in den beiden Vorjahren. Der Bericht läßt deutlich erkennen, daß die Verwaltung am liebsten zu Demonstrationszwecken die Dividende kräftig herabgesetzt hätte, daß man aber auf die amerikani- schen Anleihegläubiger Rücksicht nehmen wollte. Bei der Ausgabe der neuen Gewinnobligationen (Participating debentures) im Frühjahr 1930 hatte das beteiligte amerikanische Bankhaus die Zeichner darauf hingewiesen, daß Siemens & Halske in den letzten beiden Jahren je 14 vH Dividende verteilt habe und daß sich deshalb bei dem hohen Ausgabekurs eine Rente von 6 vH errechnen lasse.

In der Gewinn- und Verlustrechnung von Siemens & Halske ist bemerkenswert, daß der Rohgewinn, der einzige Posten auf der Einnahmeseite, diesmal mit 36,15 Millionen, also um 5 Millionen M höher ausgewiesen wird, als im Vorjahre, was auf die hohen Nebengewinne aus dem Überkurs bei der Ausgabe der amerikanischen Anleihe zurückzuführen ist. Wieder wird an offenen

Abschreibungen nur ein geringer Betrag für Abschreibun- gen auf Gebäude ausgewiesen, der gesamte große Maschinenpark ist bei beiden Gesellschaften wieder auf 1 M abgeschrieben. Dabei sind bei Siemens & Halske im letzten Jahre wieder 2,4 Millionen und bei Siemens- Schuckert sogar 13,7 Millionen M Zugänge an Maschinen zu verzeichnen, die wieder im Stillen völlig abge- schrieben wurden. Die offenen Reserven stiegen von 49,5 Millionen im Vorjahre auf sage und schreibe 127,8 Millionen M, übersteigen also das 107 Millionen M betragende Aktienkapital erheblich. Weiter sind erheb- liche Beträge aus der amerikanischen Anleihe zur Neu- anschaffung von Wertpapieren verwendet worden, der ausgewiesene Wertpapierbestand stieg von 18,8 auf 84,7 Millionen M, ferner das Bankguthaben von 37 auf 51 Millionen M.

In der Generalversammlung versuchte der Aufsichts- rats-Vorsitzende des Konzerns, Herr Carl Friedrich v. Sie- mens, die lohnpolitischen Randbemerkungen des Ge- schäftsberichts zu unterstreichen. Nachdem er die Not- wendigkeit einer stetigen Dividende mit Rücksichten auf die Aktionäre, die Aktien nicht zur Kursspekulation sondern als Rentenanlage kaufen, und insbesondere mit einem nochmaligen Hinweis auf die amerikanischen Geldgeber begründete, gab er folgende neue Entdeckung bekannt: „Denjenigen, die in erster Linie für die heutigen Zustände verantwortlich sind (als deren Folge fast fünf Millionen Deutsche brotlos geworden sind), war die Abhängigkeit der Löhne und Gehälter von der Höhe der Steuern und Soziallasten nicht klar.“ Herr v. Siemens sucht also die Schuld an den heutigen Zuständen nicht bei sich und seinesgleichen, nicht in der ungeheuren Fehl- leitung von Kapital und anderen Unternehmersünden, sondern einzig und allein in der Höhe der Staats- und Sozialausgaben, die nach seiner Meinung in einem Aus- maß gesenkt werden müssen „an das heute noch keiner denkt“ (außer wahrscheinlich Herr v. Siemens selbst). An einem Beispiel, das merkwürdigerweise nicht aus seinem eigenen Betriebe entnommen war, versuchte der „geniale Wirtschaftsführer“ der Versammlung klarzu- machen, wie Steuern und Sozialabgaben die Produktion belasten. „Von 100 Tellern, die eine Fabrik erzeugt“, so führte er aus, „muß der Fabrikant mindestens 40 Teller nicht nur für den Staat kostenlos herstellen, sondern sie auch mit allen Unkosten und Risiken für den Staat ver- kaufen. Die übrigen 60 Teller müssen daher zu einem Preise verkauft werden, der dem Herstellungs- und Ver- kaufswert der 100 Teller entspricht.“ Hierbei müsse ein Volk zugrunde gehen. Sehen wir uns bei diesem Beispiel, bei dem der Gedanke an den Elefanten im Porzellanladen naheliegt, einmal die Angaben über die Höhe der Steuern an: die von den beiden Siemens-Gesellschaften laut An- gabe des Generaldirektors Haller gezahlt wurden. Bei Siemens & Halske waren es in den beiden letzten Jahren je 9,5 Millionen oder 3 vH des Umsatzes, bei Siemens- Schuckert sank die Steuerleistung diesmal von 15 auf 13,7 Millionen M. Man denke daran, daß es sich in der Hauptsache um abwälzbare Steuern handelt; daß in den genannten Summen sicher auch die Lohnsteuer- leistungen der Arbeiter und Angestellten enthalten sind, und vergleiche mit dieser Steuerleistung die Belastung der kleinen Einkommen. Mit vielen Worten erging sich Herr v. Siemens über die in einer Monatsschrift erfolgten Angriffe, die besagten, daß die 25 Direktoren und stell- vertretenden Direktoren des Siemens-Konzerns zusam- men ein Einkommen von 12,5 Millionen M haben. Trotz der vielen Worte erfuhren wir aber nicht, wieviel die 25 Direktoren nun eigentlich verdienen oder bekommen. „Zahlen, die nun einmal im Wirtschaftsleben als ver- traulich behandelt werden, dadurch herauszubekommen, daß man öffentlich irgendeine aus der Luft gegriffene Angabe macht und nun verlangt, daß der Angegriffene den Gegenbeweis liefern soll, auf diesen Leim gehe ich nicht“, das war der Ausklang dieses Teils der Rede. Schließlich wurde eine geringe Hundertzahl der Gesamt- lohnsumme genannt, die bei diesen unvollständigen An- gaben natürlich kein Außenstehender nachprüfen kann und wohl auch niemand glauben wird. Die 11 Aufsichts- räte teilen sich bei Siemens & Halske in 560 000 M

Das ist der Kapitalismus

In Brasilien wurden vier Millionen Kaffeesträucher ver- nichtet, um so die Produktion auf 15 Millionen Sack herunter- zudrücken. Überhaupt wird in Brasilien mehr Kaffee ver- nichtet und verbrannt, als getrunken. Das Kaffee-Wertstei- gerungsinstitut genannten Landes hat jetzt beschlossen, den Kaffee zu Düngezwecken zu verwenden. Vorerst hat es hierfür 60 000 Sack zur Verfügung gestellt.

Die Holländisch-Ostindische Handelskompanie ließ tausende Zentner Gewürz vernichten, um den Preis hochzuhalten. Amerika und Ägypten verbrannten Baumwolle; in den Ver- einigten Staaten wurde Weizen wagenweise verfeuert. In Frankreich verschüttete man viele Hektoliter Wein, weil man die Anschaffungskosten für neue Fässer sparen wollte.

Wie viele Arbeitslose hätten sich von der verbrannten Baum- wolle hüllig kleiden können! Statt des verschütteten Weines bietet man ordinären Schnaps.

In Namacqualand (Südafrika) liegen die Diamanten zum Greifen auf der Erde. Seit kurzem ist dieses Gebiet mit Stacheldraht abgesperrt und von Polizisten bewacht, damit die Steine liegenbleiben und nicht auf den Weltmarkt drücken.

Der Antihändler-Verband in Palm kanft heute noch ge- handelte Automobile auf. Sie werden verbrannt, damit sie nicht die Preise für die fabrikanenen Wagen drücken.

In Deutschland zerschlagen heute noch die Porzellanfabriken einen Teil ihrer Fabrikate, auch wenn sie nur ganz kleine Fehler zeigen — weil der Preis nicht fallen darf. Weil man aus Hochfenschlacke eine zementartige Masse für den Straßen- und Hausbau herstellen kann, zahlt der Zement-Verband den Hochfenschlacken eine Entschädigung, damit er die Schlacke nicht einem vernünftigeren Zweck zuführt, sondern auf die Halde schüttet. Die Kanadier beabsichtigen, Gebiete, die mit Winterweizen bepflanzt sind, abweiden zu lassen.

In Ceylon pflückte man von jeder Teeplanze statt drei nur noch zwei Blätter, weil man die Ernte für das Jahr 1930 um 75 Millionen Pfund herunterdrücken wollte.

Diese Ausführungen, die wir dem Monatsblatt der Inter- nationalen Transportarbeiter-Föderation entnehmen, bedürfen

noch sehr der Vervollständigung, besonders soweit Deutsch- land in Frage steht. Da ist zum Beispiel die Zollbehörde von Köln, die große Mengen von Tabak verbrennen läßt, weil sie nicht eingelöst werden konnten. Da wird der Roggen mit aller- hand chemischen Zusätzen vermischt, damit er für die mensche- liche Nahrung nicht verwendet werden kann. Andererseits hungern Millionen Menschen! Hätte die Regierung nur einen Deut menschlichen Verständnisses, sie würde den Arbeitslosen regelmäßig zu ihrer kargen Unterstützung eine bestimmte Menge Roggenmehl überreichen. Statt dessen läßt man es lieber an die Schweine verschwenden. Noch keinem Gesetzgeber ist es eingefallen, der Regierung zu Gemüte zu führen, daß die er- drückende Roggenlast durch Abgabe von Mehl an die Arbeits- losen leicht und in jedem Betracht menschlich vorteilhaft ver- mindert werden kann.

Es ist höchste Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft dieses verrottete System, das bitterste Not und grenzenloses Elend duldet und auf der anderen Seite ungeheure Werte be- seitigt und zerschlägt, um den Preis und damit den Profit nicht sinken zu lassen, mit allen erdenklichen Mitteln zu beseitigen.

Frankreichs Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Der französische Wirtschaftsrat hat im Auftrag der Regie- rung ein Programm zur Linderung der Arbeitslosigkeit aufge- stellt. Der Wirtschaftsrat schlägt vor, daß zur Linderung der Arbeitslosigkeit zunächst einmal die Grenzen gesperrt werden sollen. Jeder Ausländer, der arbeitslos geworden oder als landwirtschaftlicher Arbeiter später zur Industrie abgewandert ist, soll unverzüglich abtransportiert werden. Er wird hier die alte Taktik verfolgt, die Arbeitslosigkeit von den französischen Arbeitern möglichst fernzuhalten und sie allein auf die eingewanderten abzuwälzen. Des weiteren fordert der französische Wirtschaftsrat behördlich beeinflusste Arbeits- streckung und Ankurbelung der Wirtschaft durch ein Not- standprogramm. Über die genaue Zahl der Arbeitslosigkeit in Frankreich ist man noch immer im unklaren. Nach einer Veröffentlichung ist ein Fünftel der französischen Arbeit- schaft nur noch 40 Stunden in der Woche beschäftigt.



Technik und Werkstatt



Rißfreies Härten von Stahl

(Nachdruck verboten.)

Die Umwandlungstemperatur eines Stahles und damit auch dessen Härtetemperatur hängt von der vorhandenen Menge von Kohlenstoff ab. Der Kohlenstoffgehalt übt aber auch einen Einfluß auf das Gefüge des Stahles aus. Ein mittelharter Stahl von 0,9 vH Kohlenstoffgehalt zeigt im normalisierten Zustande ein inniges Gemisch von Blättchen aus weichem, kohlenstofffreiem Eisen, das man als Ferrit bezeichnet, sowie aus Blättchen von sehr hartem, kohlenstoffreichem Eisen, die man Zementit nennt. Polierte und geätzte Schlißflächen eines solchen Stahles zeigen einen perlmuttartigen Glanz; man bezeichnet daher das Gemisch auch als Perlit. Sinkt der Kohlenstoffgehalt unter 0,9 vH, so wird Ferrit frei und das Gefüge besteht aus Ferrit und Perlit. Steigt jedoch der Kohlenstoffgehalt über 1 vH, so ist in die perlitische Grundlage freier Zementit eingelagert.

Wird nun ein Stahl auf Härtetemperatur erhitzt, dann bildet sich ein neues Gefüge; der umgewandelte Stahl ist unmagnetisch, das Gefüge wird als Austenit bezeichnet. Schreckt man den auf seine Härtetemperatur erhitzten Stahl plötzlich ab, so geht auch dieses Gefüge wieder in ein neues über, das man als Martensit bezeichnet. In diesem Zustand ist der Stahl gehärtet. Die plötzliche Abkühlung läßt dem Stahl keine Zeit, sich in sein ursprüngliches Gefüge, also in Perlit und Ferrit oder in Perlit und Zementit, zurückzubilden. Beträgt der Kohlenstoffgehalt 0,9 vH, so wird der Stahl nach dem Abschrecken nur ein Martensitgefüge zeigen; bei geringerem Kohlenstoffgehalt tritt neben Martensit auch Ferrit auf, und enthält der Stahl endlich mehr als 1 vH Kohlenstoff, so besteht das Gefüge nach dem Abschrecken aus Martensit und Zementit.

Wir haben oben erwähnt, daß durch die plötzliche Abkühlung aus der Umwandlungstemperatur dem Stahl keine Zeit verbleibt, sich aus dem austenitischen Zustand in seine ursprünglichen Bestandteile zurückzubilden, also in Perlit und Ferrit oder Perlit und Zementit. Nun kann es aber bei der Abkühlung vorkommen, daß der innere Kern des Werkstückes nicht energetisch genug abgekühlt wird, so daß die Stahllegierung in ihren Ausgangszustand verfällt. Im Kern geht die Abkühlung also langsamer vor sich. Hier bildet sich dann unmittelbar an der äußeren, harten Martensitschicht ein Übergangsgefüge, das Troostit genannt wird. Wir haben von außen nach innen also folgende Schichten: Martensit, Troostit, Perlit.

Warum haben wir nun dem Leser diese Darlegungen aus der Gefügelehre gegeben? Die Erklärung liegt darin, daß die verschiedenen Gefügebildungen ein verschiedenes spezifisches Gewicht und ein verschiedenes Volumen haben, so daß im gehärteten Stahlstück notwendigerweise Störungen und Spannungen auftreten. Diese Spannungen führen aber dann nur allzu leicht zu einem Reißen des Stahlstückes. Bei näherer Untersuchung findet man dann immer, daß diese Rißlinien an der Grenze der Martensitzone und dem Übergangsgefüge auftreten. Die Ursache zum Reißen gehärteter Stahlstücke ist also in der Bildung dieser Übergangszone zu erblicken und es handelt sich darum, Mittel und Wege zu finden, um die hierdurch bedingten Spannungen und Formveränderungen zu mäßigen.

Eine naheliegende Maßnahme zur Verhütung von übermäßigen Formveränderungen und Spannungen beim Härten von Kohlenstoffstählen ergibt sich aus folgender Beobachtung: Härten wir einen massiven Zylinder und einen Hohlzylinder in der üblichen Weise, so werden wir finden, daß der massive Zylinder durch das Härten Formveränderungen erlitten hat, allenfalls zeigt er auch Risse. Der gespaltene Zylinder zeigt zwischen der äußeren, harten Schicht und dem weichen, inneren Kern eine Übergangsschicht und entlang dieser werden auch etwaige Risse verlaufen. Bei Hohlzylindern dagegen machen wir die überraschende Feststellung, daß dieser Körper maßhaltig geblieben ist. Der durchgeschnittene Hohlzylinder zeigt eine fast vollkommene Durchhärtung mit geringem Übergangsgefüge. Die Durchhärtung ist so stark, daß die Übergangsschicht zu Formänderungen nicht führen kann. Ein solcher Körper wird daher auch nicht zum Reißen neigen. Daraus ergibt sich für uns der praktische Wink, überall, wo es die Verhältnisse erlauben, größere zylinderartige oder ähnliche Werkstücke mit einer Bohrung zu versehen. Wenn die Werkstücke nur eine geringe Dicke besitzen, so daß eine Durchhärtung gewährleistet ist, so wird eine solche Durchbohrung überflüssig.

Nicht immer lassen sich aber solche Durchbohrungen ausführen und man muß daher bei solchen Stücken einen anderen Ausweg suchen. Ein Reißen von solchen Werkstücken kann nun dadurch vermieden werden, daß man die auftretenden Spannungen auszugleichen sucht. Man kann dies in der Weise erreichen, daß man das Werkstück zuerst in Wasser abkühlt und dann vor der vollkommenen Abkühlung in ein Ölbad legt. Die Ölschichten werden dann ebenfalls eine höhere Temperatur annehmen und ein sehr langsames Abkühlen des gehärteten Werkstückes bewirken. Durch die Spannung der äußeren Schichten wird das Stück ziemlich spannungsfrei und die Spannungen zwischen weichem Kern und hartem Mantel gleichen sich aus. Zu beachten hat man dabei, daß man das Werkstück nicht unter Zischwärme oder unter 200 Grad im Wasser abkühlen darf. Auf dem herausgenommenen Stück muß das anhaftende Wasser mit einem deutlich hörbaren Zischen verdampfen. Noch zweckmäßiger ist folgendes Verfahren: Man kühlt das Werkstück wieder im Wasser bis auf Zischwärme ab und bringt es dann in ein heißes Ölbad, um hier langsam zu erkalten. Die Temperatur des Ölbad muß hierbei aber mindestens 200 Grad betragen. Bei dieser Temperatur wird der harte Mantel soweit gedehnt werden, daß ein Reißen sicher nicht auftritt, wenn das Material fehlerfrei ist.

Bei komplizierteren Stücken kann man sich manchmal in der Weise helfen, daß man nicht gleich den ganzen Körper in das Härtebad führt, sondern nur den stärkeren Teil, um ihn bald wieder herauszuziehen. Hat darauf der schwarzgeklärte Teil wieder dunkle Rotglut angenommen, so kann das Stück vollkommen abgelöst werden. Allerdings wird dieses Verfahren nur in besonders günstigen Fällen zu einem zufriedenstellenden Resultat führen.

Wo man kompliziertere Teile aus einem Stück herstellen und unter Einhaltung der Masse rißfrei härten muß, da ist man gezwungen, seine Zuflucht zu Spezialstählen zu nehmen. Im allgemeinen stellen die Stahlwerke nur zwei Arten legierter Stähle für diese Verwendungszwecke dar. Diese zeigen allerdings gute Härte, absolute Maßhaltigkeit und Sicherheit gegen Härterisse. Es sind Chromstähle für Luft- und Ölhärtung sowie Mangan-Legierungsstähle für Ölhärtung. Diese Stähle zeigen eine vollkommene Durchhärtung. Sie sind allerdings selbst im gutgeglühten Zustand etwas schwerer zu bearbeiten als gewöhnliche Kohlenstoffstähle. Diese Mehrarbeit wird aber bei weitem ausgeglichen durch das Vermeiden von Ausschuß und durch erhebliche Mehrleistung dieser Stähle.

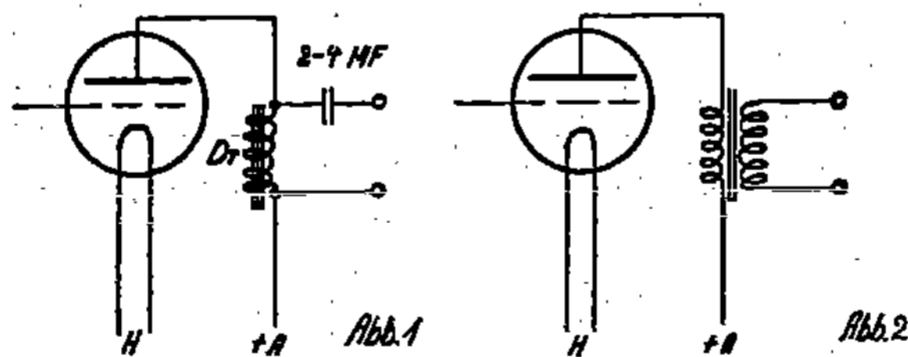
Natürlich wird auch bei diesen praktischen Auswegen genaueste Einhaltung der Härtetemperatur, ebenso die Einhaltung der übrigen Vorschriften vorausgesetzt, denn sonst wird man auch mit diesen Hilfsmitteln kein rißfreies Endprodukt erhalten. Steger.

Wie schließt man den Lautsprecher an?

Die wenigsten der Rundfunkhörer empfangen die Darbietungen der Sender heute noch mit Kopfhörern. Immer mehr geht man zum Lautsprecherempfang über, der ja auch das Ideal des Fernhörens darstellt. Aus diesem Grunde steht im Augenblick und auch noch in nächster Zukunft die Forderung nach einwandfreier Lautsprecherwiedergabe im Vordergrund des Interesses. Unter den unzähligen auf dem Markt befindlichen Lautsprechermodellen ein geeignetes herauszufinden, ist nicht gerade einfach, da der eine auf die vierpoligen magnetischen und der andere auf die elektrodynamischen Typen schwört. Dabei kann man im großen und ganzen sagen, daß die besten vierpoligen magnetischen Typen schon fast die gleiche Güte der Wiedergabe wie ein gutes dynamisches System erreichen lassen.

Es kommt jedoch sehr viel auf richtige Anwendung des Lautsprechers an, wenn er tatsächlich eine einwandfreie Wiedergabe liefern soll. Ein Mittel dazu — der Schallschirm — wurde hier schon (in Nr. 2) ausführlich besprochen. Der zweite wichtige Punkt, worauf es bei Benutzung eines hochwertigen Lautsprechers ebenfalls sehr ankommt, ist der richtige Anschluß an den Empfänger. Man bezeichnet dies gewöhnlich als Ankopplung des Lautsprechers. Von ihrer zweckmäßigen Ausführung soll heute die Rede sein.

Betrachtet man die Verhältnisse an einem Empfänger genauer, so findet man, daß im Anodenkreis der Endröhre (Lautsprecher- röhre) sowohl der Anodengleichstrom, als auch der verstärkte niederfrequente Wechselstrom (Sprache, Musik) fließen. Zum Betrieb des Lautsprechers braucht aber durch dessen Spulen



nur der niederfrequente Wechselstrom fließen. Der Anodengleichstrom wird also in diesen Spulen überhaupt nicht gebraucht. Bei den vierpoligen magnetischen Lautsprechern benachteiligt er sogar die Wiedergabe, wie wir gleich sehen werden.

Die vierpoligen magnetischen Typen haben bekanntlich den Vorteil, daß sich der Anker — der die Nadel und den Konus trägt — in einem vollkommen ausbalancierten Zustand befindet. Er wird also von keiner Seite magnetisch vorgespannt und kann dadurch eine bessere Wiedergabe liefern als ein zweipoliges System, bei dem der Anker immer einseitig belastet ist. Wird nun ein vierpoliges System direkt in den Anodenkreis der Endröhre geschaltet, so fließt außer dem niederfrequenten Wechselstrom auch der Anodengleichstrom durch die Lautsprecher- spulen und der Anker ist wieder einseitig magnetisch vorgespannt. Der mit Altsicht vermiedene Uebelstand ist also wieder da und die Vorzüge des Systems sind zum Teufel; es wird kaum besser als ein ganz einfaches zweipoliges System arbeiten.

Es gilt also den Anodenstrom vom niederfrequenten Wechselstrom zu trennen, und zwar so, daß zur Anode der Endröhre der Gleichstrom gelangt und durch die Lautsprecherspulen nur der niederfrequente Wechselstrom fließen kann. Dies kann auf zwei Wegen erreicht werden. Entweder benutzt man die sogenannte Drosselankopplung oder man wählt die Ankopplung durch einen Transformator. Die erstere Ankopplungsmethode zeigt die Abb. 1, während in der Abb. 2 die zweite dargestellt ist.

Zur Abb. 1 ist zu sagen, daß man bei den üblichen kleineren Lautsprecher- röhren als Drossel jede große Netz- drossel, wie sie für Netzanoden benutzt werden, verwenden kann. Ihr Gleichstromwiderstand soll etwa 400 Ohm betragen. Der Block- kondensator besitzt zweckmäßig eine Leistung von etwa 2 bis 4 Mikrofarad. Es ist leicht einzusehen, daß der Anodengleichstrom nur durch die Drossel zur Anode der Röhre gelangen kann. Durch die Lautsprecherspulen kann er nicht fließen, da ihm der Blockkondensator den Weg versperrt. Der niederfrequente Wechselstrom kann dagegen ohne weiteres über den Blockkondensator in die Lautsprecherspulen gelangen und somit das System zum Arbeiten bringen. Das System wird nun einwandfrei arbeiten, denn eine Vormagnetisierung des Ankers ist nicht möglich.

Zur Abb. 2 ist noch folgendes zu bemerken: Als Transformator wird einer der im Handel unter der Bezeichnung „Ausgangstransformator“ erhältlichen Transformatoren benutzt. Es ist ohne weiteres ersichtlich, daß auch hier wieder beide Stromarten getrennt sind.

Noch kurz ein paar Worte über den Anschluß elektrodynamischer Lautsprecher. Besitzt er eine hochohmige Schwing- spule, so kann die beschriebene Drosselankopplung benutzt werden. Besitzt er dagegen eine Schwing- spule mit niedrig- ohmiger Wicklung, so kann nur die in der Abb. 2 wieder- gegebene Ankopplungsmethode angewandt werden. Dabei ist ein Spezialtransformator zu benutzen, bei dessen Kauf sowohl die Type der verwendeten Endröhre, als auch die Type des benutzten Lautsprechers anzugeben sind. Geschieht das nicht, so kann unter Umständen die Wicklung zerstört werden.

Die beschriebenen Ankopplungsmethoden der Lautsprecher haben noch den Vorteil, daß bei Verwendung von Netz- empfängern oder Netzanoden der Lautsprecher vom Netz getrennt und somit eine Berührung spannungsführender Teile (Buchsen, Stecker) nicht möglich ist. Derartige Berührungen können bekanntlich unter Umständen schwere körperliche Schäden für den Betreffenden nach sich ziehen. Ing. K. N.

Mit Thermit gegen den weißen Tod

Alljährlich im April und Mai lösen sich von Grönlands ungeheuren Gletscherströmen, die von den Bergen des Landes dem Meere zufließen, riesige Blöcke los. Sobald der Auftrieb des Wassers zu groß wird, brechen von dem langsam ins Meer fließenden Gletschereis gewaltige Stücke ab und werden vom Wind und der Strömung auf oft sehr eigenartigen Wegen nach Süden getrieben, wo sie als die gefürchteten Eisberge mitunter Wochen hindurch die viel befahrenen Seewege gefährden, ehe sie endlich nach langer Wanderung zerschmelzen. Wehe dem Schiff, das bei Nacht und Nebel mit dem weißen Tod zusammen- stößt. Ein völliger Untergang ist meist das Ergebnis dieser un- geheuren Kraftprobe zwischen Fahrzeug und Eisberg, dessen un- geheuren Abmessungen gegenüber auch der Riesendampfer nur eine Nußschale darstellt.

Wohl kündigt sich die Nähe eines Eisberges schon auf weite Entfernung durch sinkende Temperatur an, doch verhindert oft genug dichter Nebel, wenn nicht mit äußerster Vorsicht ge- fahren wird, der Gefahr rechtzeitig auszuweichen, wie es im Falle der Titanic am 15. April 1912 geschah. Dieses Schiff fuhr mit voller Geschwindigkeit auf einen riesigen Eisberg und versank nach kurzer Zeit, wobei 1500 Fahrgäste ertranken. Sicherlich hätte sich dieses grauenhafte Unglück vermeiden lassen, wenn das auf der ersten Fahrt begriffene Fahrzeug, dessen Führer durch das schnelle Sinken der Temperatur rechtzeitig auf die Nähe eines Eisberges hingewiesen worden war, die Fahrt verlangsamt hätte. Doch es befand sich der Direktor der eng- lischen Reederei an Bord. Dieser wünschte, daß die Titanic einen neuen Geschwindigkeitsrekord aufstellte. So mußte der erste Offizier, der an Stelle des Kapitäns während der kritischen Sekunden die Führung hatte, das stolze Schiff wider bessere Überzeugung mit voller Geschwindigkeit durch die neblige Nacht ins Verhängnis jagen.

Das eine Gute hat dieser grausige Zusammenstoß zwischen Schiff und Eisberg allerdings gehabt, daß seitdem in den kriti- schen Monaten ein regelmäßiger Patrouillendienst ausgeübt wird, um den Handelsschiffen das Auftreten von Eisbergen recht- zeitig durch Funkspruch melden zu können. Tag und Nacht sind zahlreiche Überwachungsschiffe von Labrador bis zu den Schifffahrtslinien zwischen Amerika und Europa, die noch durch Flugzeuge unterstützt werden, unterwegs, die jeden gesichteten Eisberg nummerieren, in ein Buch eintragen, seine Lage durch Funkspruch melden und ihn durch Sprengungen zu zerstören trachten.

Die Zerstörung der Eisblöcke ist nun freilich eine äußerst schwierige Sache. Sind doch schon Eisberge beobachtet worden, die bei 500 bis 600 Meter Länge ein schätzungsweise Gewicht von 30 Millionen Tonnen aufwiesen. Solchen ungeheuren Massen gegenüber verpufft die Wirkung einer Mine oder einer anderen Sprengladung, ohne kaum Spuren zu hinterlassen. Auf- schlußbericht ist der Bericht des Führers eines amerikanischen Patrouillenfahrzeuges, der einen Eisberg von ungefähr 1,5 Mil- lionen Tonnen vom 7. Juni bis 1. Juli, also über drei Wochen lang, verfolgte, beobachtete und mit Sprengstoffen zu zerstören versuchte. Unter Wasser angelegte Minen hatten gar keinen Erfolg. Dann wurden auf dem Rücken des Eisberges vier Sprengladungen in Löchern angebracht. Deren Zerknall ergab nur ein Loch von etwa 5 Meter tiefe und 7 Meter Umfang. In dieses Loch wurde eine neue Ladung untergebracht und das Loch, um eine recht wirksame Sprengung zu erzielen, mit Eis- stücken verstopft. Erfolg: eine 30 Meter hohe schwarze Rauch- säule. Drei Tage später stürzte von der oberen Klippe eine riesige Masse Eis ab, was vielleicht als später Erfolg der er- folgten Sprengung betrachtet werden kann. Noch immer war jedoch der Eisberg etwa 150 Meter lang und ragte 60 Meter hoch über Wasser. Vom 14. bis 16. Juni schwankte der Berg in kälteres Wasser ab. Sein Leben wurde damit verlängert. Am 19. Juni setzte ein starker Südsturm ein, der ihm gewaltig mit- spielte. Was die Sprengungen nicht vollbrachten, erreichte der Sturm und später der Golfstrom. Am 20. Juni war der Berg nur noch 70 Meter lang und 30 Meter hoch. Am 1. Juli war endlich der kleine Eisklumpen, der kümmerliche Rest des riesigen Eis- berges, gänzlich verschwunden.

So gering der Erfolg der Sprengstoffe gegenüber den Eisbergen ist, so groß ist die Wirkung des Thermits, das in den letzten beiden Jahren in Amerika zur Bekämpfung von Packeis und Eis- bergen verwendet wurde. Thermit ist bekanntlich ein Gemisch von Eisenoxyd und Aluminiumpulver. Wird dieses Gemisch durch eine Zündpille entzündet, so verwandelt es sich in wenigen Sekunden unter starker Hitzeentwicklung (etwa 3000 Grad) zu flüssigem Eisen mit darauf schwimmender Schlacke aus Alu- miniumoxyd. Diese riesige Hitze machte sich der amerikanische Professor Barnes bei der Bekämpfung der Eismassen zunutze. Nachdem die ersten Versuche im Winter 1924 gute Ergebnisse ergeben hatten, wurde das Thermit im Jahre 1925 zur Beseiti- gung des Packeises auf dem St. Lorenzstrom mit großem Erfolg herangezogen, wo Massen von etwa 1 Million Tonnen Packeis zertrümmert und in Bewegung gesetzt wurden. Später setzte Barnes mit etwa 5 Tonnen Thermit das Packeis eines anderen Flusses in Bewegung und schuf damit dem hochangestauten Wasser, das bereits zwei Städte stark bedrohte, freien Abfluß. 3 Tonnen Dynamit waren zuvor an der gleichen Packeismasse wirkungslos zur Explosion gebracht.

In Verbindung mit den eingangs erwähnten Patrouillenbooten dehnte Barnes seine Versuche auch auf Eisberge aus. Ein Eis- berg von 170 m Länge, der 25 m über Wasser ragte und unter Wasser 200 m Tiefgang hatte, an Größe also etwa dem oben er- wähnten Eisberg, der erfolglos mit Sprengstoffen bekämpft wurde, gleichkam, wurde durch 40 kg Thermit so gut zerstört, daß er nach zwei Tagen nicht mehr zu sehen war. Das Thermit völlig gefahrlos transportiert werden kann und auch ohne nennenswerte Explosion das Eis schmelzt, so kann es auch auf Flüssen inmitten der Städte verwendet werden. Im Kampf gegen den weißen Tod, der ja nicht nur auf dem Atlantik, sondern oft auch auf Flüssen infolge des Packeises den Menschen bedroht, dürfte deshalb das Thermit künftig noch eine große Rolle spielen. Chr. Carlowitz.



Familie und Heim



Klärt uns auf! (Ja, aber wie?)

Hierüber schreibt in Nr. 8 der MZ R.K. Was er dort ausführt ist sehr gut. Wie soll man aber nun aufklären? Darüber schreibt R.K. leider nur in Andeutungen. Damit wissen indessen viele Eltern nichts anzufangen. Denn Aufklärung ist Erziehung, und zwar in erster Linie Erziehung der Eltern. Es gehört mehr dazu, als nur guter Willen. Es ist dazu auch nötig, daß die Eltern wissen, worüber sie aufklären, aber auch wie sie aufklären sollen. Na, werden viele denken: Worüber wir aufklären sollen, wissen wir wohl; die Kinder wollen wissen, wo sie herkommen! Die Kinder stellen eben oft Fragen, die uns Erwachsenen sehr in Verlegenheit bringen und deren Beantwortung uns sehr viel Schwierigkeiten bereiten dürften. — Ganz richtig. Und das besonders für die Frage nach dem woher? Wenn jedes Kind dieselbe Frage stellen würde und alle mit der einfachen Frage nach dem woher zufrieden wären, dann könnte man ganz einfach sagen, ja du kommst aus dem Leibe deiner Mutter. Aber sie fragen ja nicht alle so. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Frage im kleinen Hirn des Kindes erst allmählich heranreift, sich aus dem Gehörten oder Gesehenen zu einem ganz bestimmten Gesichtspunkt verdichtet und dann, je nach der Ursache, in einer ganz bestimmten Frage seinen Ausdruck findet. Das setzt voraus, daß wir uns auf alles vorbereiten, um auf alles Antwort geben zu können. Das setzt voraus, daß wir selber Bescheid wissen, daß wir auch lernen, über diese heiklen Dinge in natürlicher Art zu sprechen. Sie sind ja erst heikel durch unsere Erziehung geworden. Es gibt darüber genug Literatur. Sehr gut ist das Schriftchen von Max Hodann: „Bringt uns wirklich der Klapperstorch?“ und „Bub und Mädel“. Aber ich meine, daß diese Bücher nur für die Erwachsenen sind. In den beiden Schriften wird das ganze Gebiet behandelt. Das Kind bekommt also alles auf einmal vorgesetzt. Das Kind stellt aber nur eine Frage auf einmal, und es will auch nur diese eine Frage beantwortet haben. Denn so wie die Frage heranreift, muß auch die Antwort erst verdaut werden. Ganz abgesehen davon, daß ja viele Kinder schon viel früher fragen, als sie überhaupt lesen können. Es wäre in diesen Fällen verkehrt, sie auf die Zeit vertrösten zu wollen, wo sie das Lesen erlernt haben. Sie kommen zu uns mit ihrer Frage und wollen von uns Antwort. Wir würden einen großen Vertrauensbruch begehen, wenn wir diesen Wunsch der Kleinen nicht erfüllten.

Wir sollen den Kindern nur behilflich sein, daß sie in die Welt hineinwachsen, und da, wo sie Zweifel hegen oder sich in ihrer Hilflosigkeit vertrauensvoll an uns wenden, ihnen den rechten Weg weisen. Wenn die Kinder erst das Vertrauen zu den Eltern verloren haben, ist es bald vorbei mit unserem Einfluß auf die Gestaltung ihres Lebensweges. Dann muß es dazu kommen, was wir heute in so vielen Familien beobachten, daß Kinder und Eltern getrennte Wege gehen.

Nun zu der Frage: Wie sollen wir aufklären? Da ist zunächst wichtig, daß beide Eltern Aufklärung geben können. In geschlechtlichen Dingen und auf dem Gebiete der Menschwerdung ist es uns heute ohne große Kosten möglich, soviel zu wissen, daß wir den Kindern ihre Fragen beantworten können. Wenn sie dann größer sind und wir geben ihnen selbst ein Buch über diese Fragen, werden sie reichen Gewinn davon haben und auch kritisch an solche Dinge herangehen.

Es ist meines Erachtens falsch, wenn Vater und Tochter oder Mutter und Sohn nicht über diese Dinge miteinander sprechen. Wer mit Liebe und dem nötigen Takt an die Sache herangeht — und dazu gehört, daß man alle Prüderie und falsche Scham über Bord wirft —, der wird immer die rechten Worte finden. Dazu gehört aber auch, daß sich Eltern und Kind kennen.

Es ist verkehrt vom Kinde zu verlangen, daß es sich nackt zeigt und die Eltern selbst sich dessen schämen. Das Kind muß von klein auf wissen, wie Vater und Mutter aussehen. Wenn es so hineingewachsen ist in diese Ansichtswelt, wird es nicht schwer fallen, dem Kinde Fragen auf das Woherkommen der Kinder wahrheitsgemäß zu beantworten. Es wäre natürlich auch hier wieder verkehrt, sich dem Kinde aufzudrängen. Es ist töricht, die Kinder hinstzuschicken, wenn wir uns umziehen oder waschen. Wenn damit von vornherein kein Aufsehen gemacht wird, muß das nachher eben so sein, weil es ja ganz natürlich ist.

Mein Junge ist vier Jahre alt und weiß erst seit ungefähr einem halben Jahre, daß körperlich zwischen Vater und Mutter ein Unterschied besteht, obwohl wir unseren Körper nie vor ihm versteckt haben. Kinder sehen eben nur das, was sie auch geistig verarbeiten können, alles andere, wenn es ihnen nicht gerade reklamehaft aufgedrängt wird, ritt gar nicht vor ihr inneres Schermmöwen wird gar nicht verarbeitet. Unser Junge war 2½ Jahre da hatte er gehört, daß ein Kind aus unserem Bekanntenkreise aus Hamburg kam. Da stellte er bei seiner Spielgefährten die Behauptung auf, die Kinder kämen aus Hamburg. Er fand keine Gegenliebe, sondern andere Ansichten. Nun kam er zur Mutter: „Wo kommen die Kinder her, sie kommen doch von Hamburg?“ — „Ach was, Junge, die Kinder kommen nicht von Hamburg, die kommen aus dem Leibe der Mutter.“ Damit war er zufrieden. Erst ein Jahr später, ein Zeichen, daß er das Gespräch nicht vergessen und daß es ihn befriedigt hatte, kam er mit der Frage: „Mutter, bin ich denn auch aus deinem Leibe?“ — „Ja, Junge, du auch.“

Mehr hat er bis heute noch nicht gefragt, und er ist damit zufrieden. Was wäre wohl, wenn wir ihm nun alles gleich erzählt hätten? Er hätte vieles gehört, was

sein kleines Hirn unnötig belastet und verwirrt, weil es nicht verdaut würde. Wir brauchen keine Angst zu haben, daß er wo anders etwas erfährt, was ihm schädlich wäre. Denn er wird zu uns kommen und uns wieder fragen, um wieder die richtige Antwort zu bekommen.

Ich habe dieses nicht angeführt, um damit zu sagen: So müßt ihr es auch machen. Das „wie“ richtet sich immer nach den Fragen des Kindes, und die Fragen richten sich immer nach der Außenwelt oder nach der Auffassungsgabe des Kindes. Und nur danach kann sich die Einstellung der Eltern richten. Das alles beeinflussen wir aber schon vom ersten Tage der Geburt an. Viele Forscher stehen sogar auf dem Standpunkt, daß diese Beeinflussung schon vorher während der Schwangerschaft beginnt. Die viel umstrittene Frage: Wann sollen wir aufklären? glaube ich auch schon beantwortet zu haben. Wir sollen dann aufklären, wenn wir gefragt werden. Wir sollen das antworten, wonach wir gefragt werden. Wir sollen nicht auf Umwegen „durch die Blume“ antworten.

Es gibt Erzieher, die meinen, man solle an Beispielen zeigen, wie das ist: man soll eine Blume nehmen und die Staubgefäße und Stempel zur Hilfe heranziehen. Ich bin anderer Meinung. Beantwortet nur die direkten Fragen direkt, das ist der kürzeste und der beste Weg. Vor allen Dingen: volles Licht.

Zum Schluß noch einmal: Aufklärung tut not. Aber machen wir keinen Rummel daraus. Wenn wir aufklären wollen, dann dafür sorgen, daß das Kind organisch in diese Welt hineinwächst, so daß es gar nicht merkt, daß es hier etwas Wichtiges und Geheimnisvolles erfahren hat. Das, was wir tun, ist etwas Selbstverständliches, weil es natürlich ist.

„Mütter werden nicht alt“

Kürzlich fuhr ich mit meinen beiden Kleinen in der Straßenbahn. Plötzlich rief der Bub laut aus: „O sieh mal Mutter, 'ne Hexe!“ Er zeigte durchs Fenster auf die Straße, wo ein gebeugtes Fräuchen mit einem Umschlagetuch vorüberging. Man muß bedenken, daß die Hexenhäuschen der Weihnachtszeit dem Jungen noch im Gedächtnis saßen. — „Aber Bibbchen, das ist doch keine Hexe, das ist doch eine alte Frau, der Rücken ist ihr von der vielen Arbeit krumm geworden.“ — Zweifelsdoubt schaut er mich an: „Sieht aber genau aus wie 'ne Hexe.“ — „Wenn Mutter alt wird, kriegt sie auch einen krummen Rücken und Falten ins Gesicht,“ suchte ich ihm zu erklären.

Da trifft mich ein Blick aus den lustigen Bubenaugen so innig, so gläubig und froh, ganz überzeugt ruft er aus: „Mütter werden nicht alt!“

Das klingt mir seither in den Ohren, wenn ich müde bin von des Tages Last und meine Kräfte am Erlahmen sind gegenüber den kindlichen Forderungen. „Mütter dürfen nicht alt werden!“ so rufe ich mir zu, und rufe es euch Müttern zu, die ihr gleich mir Kinder zu erziehen habt, die täglich mit anderen Wünschen kommen.

Wie oft geht es uns in der Eile so, daß wir die Kinder beiseite schieben, daß wir keine offenen Ohren für ihre Fragen, ihr Plaudern haben, keine hellen Augen für ihren harmlosen Frohsinn oder auch ihren Schabernack. Dann verlieren wir den Kontakt mit unsern Kindern, mit der Jugend, mit unserer Zeit überhaupt. Wir werden alt, und unsere Kinder sind noch jung — wir sind zwei getrennte Lager: hier Altertum, das alles grau in grau sieht, das in Munterkeit Leichtsinns wittert, der Jugend falsche Beweggründe unterschiebt, von falschen Voraussetzungen ausgeht, kurz die Jugend mit ihren Nöten, ihren Freuden, ihrem Ringen und Werden einfach nicht mehr versteht. Auf der andern Seite gärende Jugend, die so sehr der Führung bedarf, die sich nach Führung sehnt und doch aus ihrem Tatendrang heraus die alternden Eltern, die grämliche Mutter weder anerkennen mag noch kann als Leiterin.

Sind wir Mütter nicht meist mit schuld, wenn unser Kind entgleist, oder wenn sich Spannungen in der Familie herausstellen, die nicht zu überwinden sind und oft zur Katastrophe führen? Wir wurden alt; wir sahen das Leben so, wie wir es kannten von unserer Jugend her. Wir konnten uns nicht dazu aufschwingen, mit unsern Kindern zu leben, zu plaudern, zu scherzen. Wir mußten immer die Vernünftigen sein; wir waren zu alt und zu stumpf zu scherzen und waren gar noch stolz auf unsere Gewissenhaftigkeit, unsern Ernst in der Lebensauffassung unserer Vorzüglichkeit. Wir waren alt geworden und hatten immer an der Jugend zu tögen und konnten es nicht leiden, wenn diese oder jene Mutter sich so „albern“ mit den Kindern hatte.

Wenn uns an der Zukunft, an der glückhaften Zukunft unser Kinder gelegen ist, dann dürfen wir nicht alt werden! Dann müssen wir jung sein und bleiben mit unserer Jugend. Ich meine nicht, daß wir uns wie ein Beckfisch Heiden und Weichens sollten. Ein Beckfisch hat etwas Unfertiges an sich. Eine Mutter muß aber doch etwas „Gewordenes“ sein. Würde, Wärme, Frohsinn muß ihre Jugend ausmachen. Sonst werden wir unsern Kindern zum Gespött und nicht zum Vorbild.

Wenn ich müde, zersorgt, verzerrt bin, sehe ich meines Babes leuchtende Augen auf mich gerichtet. „Mütter werden nicht alt.“
Magdalena E.



Einer stirbt auf dem Meer

Von Kurt Offenburg

Es wurde furchtbar geheim gehalten. Man redete zwar davon, daß einer, Ende der Fünfzig, unten in seiner Kabine sehr krank sei. Herzschwäche. Dannieß es, vielleicht werde Townsville (Ostküste Australiens) angelauten, um ihn ins Krankenhaus zu geben.

Townsville wurde passiert, 40 Meilen ab, an einem klaren Spätschmorgens. Grün die See. Bordspiele vom Morgen bis zur Dämmerung. Jeden Mittag ein Wetten um Geld, wieviel Meilen das Schiff in den letzten 24 Stunden gemacht habe. Kleine Raserei von Habgier Flirt und Alkohol. Am Abend große Dinertollette. Dann Tanz auf Deck. Jazzmusik aus einem plärrenden Grammophon: — unten lag einer.

Einer: ein Gatte, ein Vater, auf den vier Kinder in Sydney warten. Er ist unterwegs von Singapore her, kam schon matt an Bord. Kurz vor Samarang wirft es ihn um. Er liegt elend in seiner Koje; der Arzt ist um ihn, versucht zu lindern. Vier Tage noch, dann wird er zu Hause sein. Die Nähe der Seinen wird helfen. Das ist die beste Medizin.

Punktegramme hin und her. Zwischen der Schiffsleitung und Angehörigen. Meldung des Befindens, besorgte Anfragen. Der Mediziner sagt: Exitus — — —

Einige Kabinen weiter stirbt einer. Ich lag noch wach in der Koje. Ein böses Unruhegeister war in mir, wie noch in keiner Nacht während dieser langen Reise. Ich wußte nicht, daß einer im Sterben lag; wußte nur, daß wir durch gefährliches Wasser fuhren, durch das große Barrieren-Riff. Mehr nicht. Kein Schlaf, die Gedanken — seltsam, wird man alt? — suchten die letzten Dinge. Umkreisten sie, hartnäckig, unaufhörlich. — Und ganz dicht bei, nur durch etliche Blechwände getrennt, starb einer.

Heute Mittag haben sie ihn begraben. Um ein Uhr, als alle bei Tisch saßen. Haben ihn in einen Sack gesteckt, vierzig Kilo altes Eisen dazu. Das gibt das nötige Gewicht, die raschere Abfahrt in die ewigen Fischgründe. Der Tote im Sack mit den verrosteten Eisenbrocken an den Füßen — er lag auf dem Brett.

Vierzig Meilen weiter draußen, ab vom Kurs und fern der Küste wurden die Turbinen gestoppt. Das Schiff stand. Der Kapitän spielte Priester las einen Vers aus der Bibel. Zwei Passagiere standen stumm dabei. Und die Steuerleute, feterlich in Uniform. Dann hoben vier Matrosen — Sundanesen — das Brett, stellten es schief. Der Sack glitt über die Relling... Der Pazifik, blaugrau, schluckte ihn: den Sack mit dem Toten und den vierzig Kilo Alteisens dazu.

Alles ging rasch, lautlos. Die Turbinen begannen wieder zu drehen, die Schrauben wühlten, das Schiff bekam volle Fahrt. Ging auf den alten Kurs. Der erste Ingenieur wird den Extraliterverbrauch besonders buchen. Die Direktion führt Statistik, ein anderer lauert auf den Posten, will aufrücken. Das Ganze von der Dauer weniger Minuten. Während die Passagiere, fünfzig Schritte entfernt, Roastbeef mit Artischocken aßen.

Drei Stunden später bin ich in der Kabine des Kapitäns. Gespräch über alles mögliche, nur nicht über der Zeremonie. Nachher ging er mit mir hinüber ins Kartenhaus. „Das bekommen die Angehörigen. Damit sie wenigstens wissen, wo er gestorben und begraben ist.“

Eine Teilkarte von der Ostküste Australiens. Eingezeichnet zwei Kreuze, genau auf den entsprechenden Länge- und Breitengraden, wo das Schiff nachs 157 Uhr und heute mittag war. Sie liegen schief herunter, die Kreuze; das zweite war weiter draußen im Meer. In den Querbalken stand die Sterbe- und Begräbniszeit, genau auf die Minute.

Die Kreuze waren mit Bleistift gezeichnet. So sauber, als hätte unser Oberlehrer aus der Geometriestunde dahinter gestanden.

„Das bekommen die Angehörigen...“ Mehr blieb nicht übrig. Kein Vater, kein Gatte und keine — Hoffnung. Nur diese Karte mit den zwei Kreuzen.

Der Pazifik ist groß, ein Schiff winzig. Was ist da schon ein Mensch?

Gute Mettwurst heischt die Kirche!

In Mecklenburg ist, so lesen wir in der Frankfurter Zeitung, ein Streit ausgebrochen, der nicht nur eingehend besprochen wird, sondern auch die Gerichte beschäftigt. Es verhält sich damit folgendermaßen: Vor etwa 150 Jahren waren die Hofbesitzer in D e m e n gehalten, an die K i r c h e jährlich 130 Pfund Mettwurst zu liefern. Das Recht war viele Jahre nicht geltend gemacht worden und die Mettwurstlieferung ruhte dementsprechend. Im Jahre 1928 aber kam die Kirche darauf zurück und verlangte die Wurstlieferung nicht nur für das laufende Jahr, sondern zugleich für drei zurückliegende Jahre. Die Hofbesitzer erklärten, sie würden sich um eine derartig verstaubte Gerechtsame nicht kümmern. Geistlicher Zuspruch nützte nichts; die Kirche mußte klagen. Sie gewann den Prozeß, und die Hofbesitzer mußten die Wurst liefern. Aber schon bei der ersten Scheibe wies der Vertreter der Kirche, der die Lieferung zu prüfen hatte, den Gedanken weit von sich, die gelieferte Wurst als das gelten zu lassen, was die Kirche in Mecklenburg billigerweise an Mettwurst zu fordern berechtigt sei. Die Hofbesitzer waren empört, aber das Nahrungsmittelamt in Rostock bestätigte, daß zu viel Rindfleisch verarbeitet worden sei. Die Wurst ging also zurück und die Hofbesitzer ließen zunächst nichts mehr von sich hören. Als geistlicher Zuspruch abermals nicht wirkte, wurde von der Kirche ein weiterer Prozeß angestrengt. Die daraufhin gelieferte Wurst war noch schlechter, was das Nahrungsmittelamt bestätigte. Der Prozeß schwebt noch. Sachverständige Urteile über Zusammensetzung und Geschmack echt mecklenburgischer Mettwurst spielen dabei die erste Rolle. Historische Wurstrezepte wurden hervorgesucht und als Beweismittel vorgeführt. Die Aussichten der Hofbesitzer sind so wenig günstig, daß sie jetzt einen radikalen Schritt ausgeführt haben: Sie erklären nämlich ihren Austritt aus der Landeskirche. Die Landeskirche antwortete mit einer Erklärung: Die Hofbesitzer hatten unter allen Umständen Mettwurst zu liefern, da die Last auf dem Grundbesitz, nicht aber auf den Besitzern ruhe. Der Kampf geht weiter...

Schöne Christen, diese mecklenburgischen Hofbesitzer. Weil die Kirche auf Lieferung von Gratiswurst ohne rindliche Beigabe besteht, treten sie einfach aus der Kirche aus! Das wird ihnen teuer zu stehen kommen. Denn die Justiz des allerdemokratischsten Reiches legt, wie ihre Urteile bei der Fürstenabfindung zeigen, hohen Wert auf mittelalterliche Ungerechtes. Weiter riskieren die Hofbesitzer, daß fortan ihren Feldern und Viechern Regen und Sonnenschein vorenthalten bleiben.

Technische Messe 1931

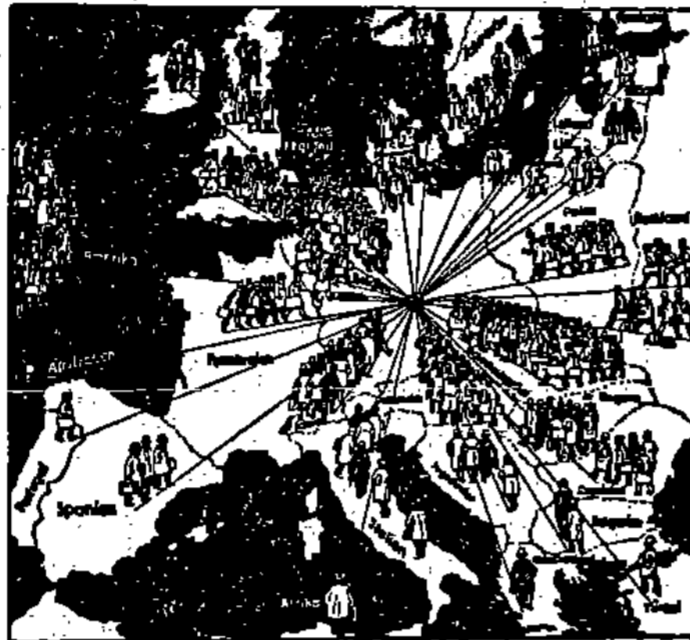
P. H. Die Leipziger Frühjahrsmesse wurde mit größter Spannung erwartet. Dieser regelmäßige internationale Großmarkt sollte ein Maßstab für den zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwung sein. Die Krise der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft hat an Ausmaß und Dauer einen noch nie gekannten Umfang angenommen, und ganze Völker erwarten mit Sehnsucht das Ende dieses kapitalistischen Wahnsinnes. Von maßgebenden Kreisen der Frühjahrsmesse wurde die Anschauung bekundet, daß der Tiefstand der Krise überwunden und wir uns wieder in langsam aufsteigender Richtung bewegen. Umfang und Betrieb der Frühjahrsmesse scheinen diese Annahme zu bestätigen. Die Leipziger Messe als Wirtschaftsbarometer hat sich wiederholt bewährt und bestimmte Schlüsse auf die zu erwartende Konjunktur zugelassen. Ein guter Prozentsatz der Produktionsmengen stammt aus der Auftragsbeschaffung durch die Leipziger Messe. Grund zu Optimismus ist also gegeben.

Ausschlaggebend in der Jetztzeit ist der Waren-Export. Deutschland als Industrieland ist auf den Waren-Export angewiesen. Ferner können Deutschlands politischen Verpflichtungen nur erfüllt werden, wenn durch einen starken Waren-Export die dazu nötigen Mittel herbeizuschaffen sind. Die deutsche Handelsbilanz ist zwar aktiv; das heißt, sie hat im Jahre 1930 einen Exportüberschuß von 1,1 Milliarden Mark gehabt, an und für sich wäre dies erfreulich, wenn nicht diese Aktivität durch eine Einfuhrverminderung erzielt worden wäre. Unter dieser Einfuhrverminderung leiden die ausländischen Agrarstaaten und werden dadurch in ihrer Kaufkraft deutscher Industrieprodukte sehr gehemmt. Dies wirkt sich besonders schlimm in den neugeschaffenen Staaten (Polen, Tschechoslowakei) aus, die in der Regel sehr kapitalarm sind und doch einen kulturell wichtigen Warenbedarf haben. Zu allem Überfluß wird unser Export durch handelspolitische Maßnahmen gefährdet, die unternommen werden, um den übermäßigen Anforderungen der deutschen Landwirtschaft entgegenzukommen. Das Auslandsgeschäft der Frühjahrsmesse ist deshalb wichtig für die Gesundung der deutschen Politik und Wirtschaft. Die Zahl der Auslandsbesucher und Aussteller war auf der Messe wieder sehr bedeutend, und es wird auch allgemein von günstigen Abschlüssen berichtet.

Alle Aufmerksamkeit richtete sich auf die Leipziger Messe in der Erwartung, dort den berühmten Silberstreifen des wirtschaftlichen Umschwunges zu erspähen. Fünf Millionen Erwerbslose warten auf Beschäftigung und hoffen, baldigst wieder zu Lohn und zu Brot zu kommen. Die Ursache unserer Krise ist vielgestaltig. Deutschland ist durch den Kriegsverlust erschöpft. Dazu kommen viele Dinge, die krisenverschärfend wirken, wobei die politische Beunruhigung eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Der internationale Warenaustausch leidet besonders unter dem mangelnden Vertrauen zu Deutschlands politischer Macht. Das war auch die Ursache, daß der Präsident der Deutschen Reichsbank, Dr. Hans Luther, bei der Messe-Eröffnung eine bedeutungsvolle Rede über Deutschlands Währung und Wirtschaft hielt. Sein Bestreben war, das Ausland von

Schluß seiner Rede bildete eine Mahnung an das Ausland, Vertrauen in die deutsche Wirtschaft und zum deutschen Staatswesen zu haben, das sei eine wesentliche Voraussetzung zur Genesung der kranken Weltwirtschaft. Vertrauen unter den Völkern schaffen, ist Gegenwartspolitik im höchsten und edelsten Sinne.

Wie versichert wird, hat die Frühjahrsmesse eine rückläufige Preisbewegung gezeigt, die dem Warenumsatz dienlich gewesen sei. Wir stehen diesen Angaben ungläubig gegenüber. Zur Belebung des inneren Marktes ist es notwendig, daß die Warenpreise der durch die Lohnsenkungen geschwächten Kaufkraft angepaßt werden. Das muß aber in anderem Ausmaß als seither geschehen. Erst erhöhter Warenumsatz kann die Produktion anregen. Es ist eine wesentliche Ursache der Krise, daß durch die gesteigerte Warenerzeugung die Warenlager vollgestopft sind, die dann keinen Abfluß in die Verbraucherkreise finden können. Die Unternehmer tragen die größte Schuld daran, sie haben der Öffentlichkeit vorgegaukelt, die Rationalisierung würde naturgemäß die Verkaufspreise senken und zum gesteigerten Warenabsatz führen. Dann sollte wieder der Lohnabbau preisverbilligend wirken. Beides ist nicht eingetreten. Aber die Massen warten noch auf den Preisabbau, schränken ihren Konsum ein in der Erwartung, noch zu günstigeren Bedingungen kaufen zu können. Aus Mitteilungen der



Die Herkunft der 32420 Auslands-einkäufer der Leipziger Frühjahrsmesse 1930

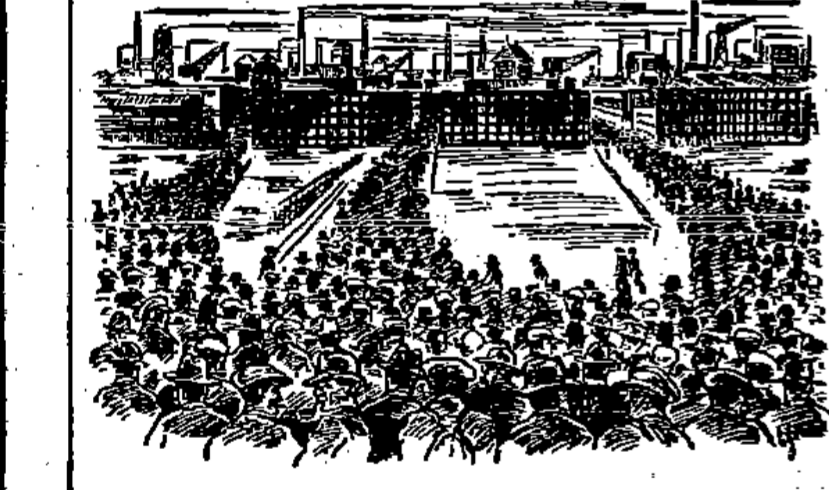
Gesamtbesucherzahl: 180000

Handelswelt geht hervor, daß die Lagerbestände riesenhaft angewachsen seien und nur sehr langsam sich zu leeren beginnen. Als bedeutungsvoll wurde angesehen, daß Lagerbestellungen aufgegeben wurden, was den Aufstieg der Wirtschaft vermuten lasse. Als marktwirtschaftsschädigend muß die falsche Sparsamkeitspolitik bezeichnet werden, die von den öffentlichen Ämtern geübt wird. Institutionen, die regelmäßig Einkünfte haben und selbst nicht einmal durch die Krise sonderlich berührt werden, haben zu Einschränkungen gegriffen, weil die Sparwut nun einmal in der Luft lag. Das hat selbstverständlich zu Angstlichkeit, zu Wirtschaftsstockungen und somit zu weiterer Arbeitslosigkeit geführt. Wie es diese öffentlichen Stellen taten, so wurde es von Privaten nachgeahmt. Verbrauchsfähige Vermögensteile wurden ins Ausland geschleppt, statt dem deutschen Konsum zugeführt zu werden. Alle diese Erscheinungen haben krisenverschärfend gewirkt.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, setzt langsam das Vertrauen zur Wirtschaft ein, wodurch die Gefahrenmomente verringert und ein langsamer Aufstieg zu erwarten steht. Dadurch ist die Krise noch nicht überwunden. Die Rationalisierung mit ihrer starken Produktion ohne Rücksicht auf die Absatzmöglichkeit wird nach wie vor arbeitsmarktpolitische Schwierigkeiten hervorrufen und es wird anderer Mittel bedürfen, diese Folgen endgültig zu überwinden. Die Leipziger Messe kündigt nur den Umschwung.

Der Mittelpunkt der Frühjahrsmesse ist nach wie vor die Technische Messe, die sich am Fuße des Völkerschlachtdenkmal in riesenhaften Ausstellungshallen ausbreitet. Die Kathedrale der Technik, wie die Halle 9 des Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenindustrieller genannt wird, ist das Ziel aller Schaulustigen. Alle technischen Neuerungen im Werkzeugmaschinenbau kommen zur Vorführung. Mit dem geringsten Kraftaufwand größte Leistungen vollbringen, das ist die Parole.

Die Messeaufträge des Jahres 1930 brachten den auf der Leipziger Messe ausstellenden Betrieben Beschäftigung für 151.000 Arbeiter auf ein volles Jahr.



der Kreditwürdigkeit Deutschlands zu überzeugen. Die Sanierung der Reichsfinanzen werde endgültig gelingen. Die deutsche Schuldenlast habe sich nur um eine durchaus erträgliche Summe erhöht. Das bestätige unsere Kreditwürdigkeit in einer Zeit, in der ein Viertel der deutschen Bevölkerung durch Erwerbslosigkeit geschädigt ist und durch die Mittel der übrigen Bevölkerung über Wasser gehalten werden muß. Die Ängstlichen und Überängstlichen im Ausland sollten sich vor allem diese Leistungen des deutschen Volkes und des Staatswesens vor Augen halten. Leider starre das Ausland auf die deutschen innerpolitischen Auseinandersetzungen, die in ihren Übertreibungen unerfreulich und keineswegs entschuldbar, aber aus der großen und langen Notzeit durchaus erklärbar seien. Aus radikalen deutschen Kreisen wird die Angstlichkeit des Auslandes gegen Deutschland fortgesetzt noch künstlich genährt. Dieses Treiben hat das deutsche Volk mit erhöhten Zinssätzen zu bezahlen. Der deutschen Währung drohe keine Gefahr. Zweifellos sind Kräfte wirksam, die deutsche Währung zu erschüttern und dadurch zu einem arbeitslosen Spekulationseinkommen zu gelangen. Aber gerade deshalb ist es sicher, daß eine neue Inflation nicht kommen wird. Vor Spekulantenkreisen muß gewarnt werden, sie können zu Maßnahmen zwingen, die das Wirtschaftsleben und die allgemeine Not nur noch vergrößern. Der Reichsbankpräsident machte dann noch Ausführungen über die Reparation vom geldtechnischen Standpunkt aus. Der Youngplan hat nicht nur für Deutschland Verpflichtungen, sondern auch für die Siegerstaaten geschaffen, und hat zur Voraussetzung, daß sich die deutsche Warenausfuhr vermehren läßt und daß die Völker auch diese Waren hereinlassen. In allen Ländern wird das Absinken der deutschen Kaufkraft und die darauf beruhenden Ausfälle auf den Weltmärkten stark bemerkt. Den

Die Beziehungen zwischen Unfall- und Krankenversicherung

Der Hauptverband deutscher Krankenkassen und der Gesamtverband der Krankenkassen Deutschlands (christlich) haben das Abkommen zwischen Berufsgenossenschaften und Krankenkassen vom 31. Dezember 1926 zum 31. Dezember 1930 gekündigt. Da zwischen den vertragschließenden Parteien keine Vereinbarungen zu erzielen waren, wurde beschlossen, das Abkommen vom 31. Dezember 1926 auch für die Mitglieder der Krankenkassen-Spitzenverbände, die das Abkommen zum 31. Dezember 1930 gekündigt haben, bis zum 31. März 1931 weitergeltend zu lassen.

Durch das Zweite Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1925 wurde den Berufsgenossenschaften die Verpflichtung zur Übernahme des Heilverfahrens vom Tage des Unfalls ab auferlegt. Die auf Grund dessen veränderte Sachlage führte zur Neuregelung des bisherigen Abkommens vom 1. November 1913 durch ein neu abgeschlossenes Abkommen vom 31. Dezember 1926.

Auffallend ist das Fehlen der Betriebs-, Innungs- und Landkrankenkassen-Spitzenverbände bei der Kündigung seitens der Krankenkassen. Es ist nicht zu viel behauptet, wenn gesagt wird, daß bei der engen Verflochtenheit zwischen Unternehmer, Betriebs-, Innungs-, Landkrankenkassen und Berufsgenossenschaften das jetzige Abkommen von Unternehmenseite gern erhalten bleiben möchte. Verpflichtet es doch die Krankenkassen zu erheblichen Ersatzleistungen im Falle einer Behandlung infolge Unfalls im weitesten Sinne. Leistungen aus § 1505 RVO, die auf Grund von Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes zu Lasten des Trägers der Unfallberufsgenossenschaft gehen, werden in dem erwähnten Abkommen den Krankenkassen aufgebürdet (§ 13 des Abkommens). Des fernern entsprechen die Ersatzansprüche der Genossenschaft (§ 14) nicht mehr den augenblicklichen Verhältnissen, zumal wenn man

Der deutsche Werkzeugmaschinenbau ist nach wie vor führend auf dem Weltmarkt.

Die Rationalisierung ergreift neue Gebiete. So wird ein Eisenbahnwagen gezeigt, der für den Koks- und Kohlentransport bestimmt und mit der modernsten Selbstentladung versehen ist. Es ist ein Bunkerwagen mit Oberdachung, in dessen Wagenmitte sich das keilförmige Unterteil schiebt. Beim Entladen werden die am Unterteil angebrachten Seitentüren geöffnet und die Entladung geht zur Rechten und zur Linken des Wagens vor sich. Dieser Wagen ist für Entladerrampen bestimmt, an deren Seiten sich die Transporteure, die bis zu den Kesseln leiten, befinden. Vom Wagen bis zum Kessel findet also die Beschickung ohne menschliche Arbeitskraft statt.

Die Elektroschau bringt in der Hauptsache Neuerungen auf dem Gebiet des Rundfunkwesens. Hier ist man bemüht, rastlos Neuigkeiten und Verbesserungen zu schaffen und den Warenabsatz zu heben. Zweifellos sind viele Verbesserungen und auch Verbilligungen erreicht worden. Eine besondere Neuerung, die eine bestimmte Umwälzung im Vervielfältigungs- und Kopierverfahren bedeutet, ist die Elektrofotografische Kopiermaschine der Siemens-AG. Jede Zeichnung, technische Vorlage oder bildliche Darstellung kann auf dem fotografischen Wege in beliebiger Anzahl vervielfältigt werden. Das zu kopierende Stück wird auf einen beleuchteten Tisch gebracht und von einer darüber befindlichen Kamera aufgenommen. Der Apparat gebraucht kein Negativ, um von ihm erst dann die Positive herzustellen, sondern überträgt die Aufnahme direkt im Positiv auf das lichtempfindliche Papier. Die Entwicklung, Fixierung und Wässerung erfolgt automatisch in der Maschine nach einer Zeitdauer von 8 Minuten. In der Minute vermag der Apparat zwei Aufnahmen zu machen. Eine solche Kopie verursacht 12 Pfennige Kosten. Diese Maschine wird wieder in den Zeichenbetrieben und sonstigen Vervielfältigungsverfahren große Umwälzung hervorrufen. Mit ihr können aus großen Gesamtzeichnungen Teile herausfotografiert und beliebig vergrößert werden. Desgleichen auch Bilder in jeglicher Anzahl ohne das zeitraubende und kostspielige Verfahren der Klischeeherstellung.

Im Textilmaschinenbau warten die Engländer mit einer vollständig neuartigen Teppichwebmaschine auf. Teppiche wurden bisher immer noch kunstvoll mit der Hand gewebt; damit ist es vorbei. Die Teppichwebmaschine ist in der Lage, die schönsten Muster- und Farbenzusammenstellungen hervorzubringen. Die Maschine webt und schert zu gleicher Zeit. Als endloser Läufer verlassen die Teppiche die Maschine. Dieses Verfahren wird auch Einfluß auf die Jacquardweberei haben. Der Jacquardstuhl arbeitet seither mit dem umständlichen Schablonensystem. Die groß angekündigte Neuerung, die Fadenführung des Jacquardstuhles durch elektrische Lichtstrahlungen auszulösen — wie es zum Beispiel bei der elektrischen Zigarrensortiermaschine gelungen ist — wurde vor einigen Jahren auf der Messe gezeigt, kann aber heute als mißlungen betrachtet werden.

Die Rationalisierung erfordert auch Umwälzungen in den zu verarbeitenden Werkstoffen. Für diese Bedürfnisse sind die Bakelite, also die Produkte des Kunstharzes, erfolgreich weiter entwickelt worden. 31 Patente laufen über diesen neuartigen Werkstoff, der heute in der Produktion weiteste Verbreitung gefunden hat. Bakelite haben als Urstoff die teerigen Bestandteile der Kohle und die harzigen des Holzes. Die Brennbarkeit ist ganz ausgeschaltet. Bakelite werden in allen Farben hergestellt. Hauptsächlich braucht man sie heute in der Fabrikation für Elektro- und Radioteile. Neuere Verbesserungen haben zu einer ungeahnten Haltbarkeit geführt. Porzellanschwache Teile von ziemlichem Umfang sind unzerbrechlich. Aus Bakelite wird porzellanschwaches Geschirr und ähnliche Waren hergestellt. Bestimmte Arten sind klar und durchsichtig wie Bernstein. Eine Bakelit-Bernstein-Zigarettenspitze ist von echtem Bernstein fast nicht zu unterscheiden. Die Bearbeitung erfolgt im Wärmepressverfahren. Der dosierte Rohstoff wird bei einer Temperatur von 150 Grad in Formen gepreßt und ist nach der Pressung vollständig gebrauchsfertig.

Als umwälzende Neuerung ist auch das elektrische Oxydiervfahren für Aluminium zu betrachten. Aluminium setzte bekanntlich bisher allen Oxydierungsverfahren einen gewissen Widerstand entgegen. Auch für den Lacküberzug erwies es sich als wenig geeignet. Dadurch war die Anwendungsmöglichkeit des leicht zu bearbeitenden Aluminiums begrenzt. Im Karosseriebau konnte es nur in seiner silberglänzenden Form gebraucht werden, die aber allgemein wenig ansprach. Dem Vereinigten Aluminium-Werke AG Lautawerk ist es durch das Eloxal (elektrisch-oxidiertes Aluminium) gelungen, eine brauchbare Oberflächen-Färbung herbeizuführen. Das Aluminium wird in ein elektrolytisches Bad gebracht, welches die Oberfläche des Aluminiums auflodert, und in einem zweiten Farbbad wird durch Eindringen der Farbe in die gelockerte Oberhaut die Färbung erzielt. Die Färbung bleibt nicht an der Oberfläche haften, sondern dringt in das Metall ein. So können die gefärbten Aluminiumteile in ihrer chemischen und mechanischen Widerstandsfähigkeit den verchromten und vernickelten Metallen gleichgestellt werden. Die Farbtonung dieses Aluminiums ist von hervorragender Schönheit, zugleich tritt eine außerordentliche Härtung der Oberfläche ein. Damit ist das Hemmnis für die vollkommene Anwendung des Aluminiums endgültig beseitigt.

Die Messe zeigt noch viele Neuerungen und Verbesserungen, die zur Belebung des Warenabsatzes dienen. Hoffen wir, daß der Konsum bald aufnahmefähiger wird, damit auch die Arbeitsgelegenheit steigt.

berücksichtigt, daß nach § 5 und 6 des Abkommens die Krankenkassen einer Aufhebung der freien Arztwahl ihre weitgehendste Mitwirkung zusichern.

Noch aus einem anderen Grunde bedarf das Abkommen einer Änderung. In mittleren und größeren Betrieben sind für erste Hilfe bei Unglücksfällen allenthalben Verbandsstellen oder Ambulatorien eingerichtet, deren Unkosten allgemein zu Lasten der Krankenkassen gehen. Hierdurch werden nicht unerhebliche Gelder aufgewandt, deren Aufbringung auf Grund der Unfallversicherung einzig und allein vom Arbeitgeber zu vertreten ist. In vielen Fällen handelt es sich bei der ersten Hilfeleistung um die Vorbereitung oder die Ermöglichung des Transports zum Krankenhaus oder zur Familie. Diese Kosten sind daher als Transportkosten von der Berufsgenossenschaft zu erstatten und nicht von der Krankenkasse.

Seit Jahr und Tag ist von der Reaktion auf die steigenden Zahlen in der Krankenversicherung hingewiesen worden. Ein Teil dieser vermehrten Ausgaben ist auf das Konto Unfälle zu setzen. Leider ist es den Betriebs-, Innungs- und Landkrankenkassen-Spitzenverbänden noch möglich, einseitig Arbeitgeberinteressen wahrzunehmen, wie es durch die uneinheitliche Kündigung des Abkommens zwischen Krankenkassen und Berufsgenossenschaften erhärtet wird. Denn ob Betriebs-, Innungs- oder Landkrankenkassen oder Unfallberufsgenossenschaft, bei beiden Trägern der Sozialversicherung wirken die gleichen Personen und herrschen gleiche Interessen vor. Erschwerend für die Wahrung der Belange der Versicherten ist noch der unwürdige Umstand, daß diese genannten Krankenkassen-Spitzenverbände paritätisch zusammengesetzt sind, was praktisch einer Unterdrückung des Willens der Arbeitnehmerschaft gleichkommt. Den Grundsätzen von Recht und Billigkeit würde es entsprechen, wenn gemäß der Aufbringung der Kosten — zwei Drittel Arbeitnehmer, ein Drittel Arbeitgeber — Wirken und Verantwortung verteilt würden.

Es wird Aufgabe der Gesetzgebung sein, dieses schreiende Unrecht aus der Welt zu schaffen, um dem Willen der Verbände Ausdruck geben zu können. W. H.



Verbandsleben



Sitzung des Erweiterten Beirats

Am 4. und 5. März war der Erweiterte Beirat unseres Verbandes im Verbandshaus zu Berlin beisammen. Daß er sich mit äußerst wichtigen Dingen zu beschäftigen hatte, ist jedem Kollegen verständlich, der diese Zeit beispielloser Wirtschaftsnot und überschnapper Unternehmerwillkür miterlebt. Die Wirtschaftsnot greift tief in die Finanzen der Gewerkschaft ein; die Unternehmerwillkür beansprucht alle Aufmerksamkeit und Kraft zur Abwehr. Das eine wie das andere wird künftig noch mehr als je gelten. Denn noch vermag niemand zu sagen, wenn die Wirtschaftsnot zu weichen beginnt, und noch ist kein Zeichen dafür vorhanden, daß die Unternehmer ihre Angriffe auf die Löhne und sozialpolitischen Rechte der Arbeiter einstellen.

Diese Tatsachen hat eine gewerkschaftliche Leitung, die den Namen verdient, wohl und vorausschauend in den Kreis ihrer Erwägungen zu stellen. Sie hat dafür zu sorgen, daß die finanzielle Kraft der Organisation nicht erschöpft wird — denn damit wäre der schlichteste Wunsch des Unternehmertums erfüllt, weil dessen Angriffswut durch solche Erschöpfung noch toller werden würde. Auf diese Erschöpfung hat die Unternehmerschaft bis jetzt vergeblich gehofft. Das wird auch weiter so sein.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat in dieser Zeit der außerordentlichen Arbeitslosigkeit mehr für die Abwehr der Unternehmerwillkür und mehr für die Unterstützung seiner erwerbslosen Mitglieder geleistet, als irgendeine andere Organisation. Das wird ganz allgemein, insonderheit von unsern Mitgliedern bewundernd anerkannt. Unser Verband will natürlich auch weiterhin seiner Widerstandspflicht gegen den Feind und seiner Unterstützungspflicht gegen seine Mitglieder so gut wie irgendwie möglich nachkommen. Über das Wie dieser doppelten Pflichtenfüllung hatte der Erweiterte Beirat zu beraten. Wie er seiner gewiß nicht einfachen Aufgabe gerecht geworden ist, ist in der folgenden gedrängten Niederschrift seiner Beratungen nachzulesen. Zu den Beschlüssen des Erweiterten Beirats ist noch einiges zu sagen. Dies wird in der nächsten Nummer unserer Zeitung geschehen, worauf heute schon aufmerksam gemacht sei.

Die Verhandlung des Beirats

Die Tagesordnung der zweitägigen Beratung bildeten die Finanzgestaltung des Verbandes und die Vorgänge auf tarifpolitischem Gebiet. Zum ersten Punkte sprach der Verbandskassier Schäfer. Er führte aus: Der Verband hat bis jetzt ohne Einschränkung den ungeheuren Anforderungen entsprechen können, die infolge der immer mehr steigenden Arbeitslosigkeit der Mitglieder an die Hauptkasse gestellt wurden. Seit der Stabilisierung der Mark konnte der DMV an seine Mitglieder rund

146 Millionen Mark an persönlichen Unterstützungen zahlen, davon allein 110 Millionen M für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Von dieser Summe entfallen auf die letzten 14 Monate 43 Millionen.

Niemand konnte die fürchterliche Krise ahnen, die im Jahre 1930 über die Welt hereingebrochen ist, und es ist ganz natürlich, daß die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung die für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Einnahmen weit überschritten und den Fonds stark verringerten, der für die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung vorhanden war.

Da nach den durch die Verbandstage festgelegten Prinzipien der für die Invalidenunterstützung zurückgestellte Fonds für Zwecke der Arbeitslosenunterstützung nicht angegriffen werden kann, da außerdem der Verband im Hinblick auf die Pläne der Unternehmer sich geldlich überhaupt nicht erschöpfen darf und insbesondere für Kampffür Zwecke beweglich bleiben muß, müssen die Finanzen eine Stärkung erfahren. Es gibt dazu zwei Wege, entweder Beitragserhöhung und Extrabeiträge oder Kürzung der Arbeitslosenunterstützung. Der Vorstand ist der Ansicht, daß in der jetzigen Zeit des Lohnabbaus und der Kurzarbeit weder ein Extrabeitrag noch eine Erhöhung der regelrechten Beiträge gedacht werden kann. Es wird daher vom Vorstand vorgeschlagen,

die Arbeitslosenunterstützung in der 1. und 2. Beitragsklasse um 10 Pf., in der 3. und 4. Beitragsklasse um 5 Pf. täglich zu kürzen und die Bezugsdauer der Unterstützung von 20 auf 15 Wochen herabzusetzen. Diese Neuregelung soll von der 14. Beitragswoche an in Kraft treten.

Alle anderen Unterstützungen werden in vollem Umfang aufrechterhalten. Reise- und Unzugsunterstützung, Sterbegeld, Notfallunterstützung, Streikunterstützung, Maßregelungsunterstützung usw. Invalidenunterstützung bleiben unangetastet. Der Vorstand will mit den angegebenen Einschränkungen nicht nur alle Unterstützungen weiter wie bisher zahlen, sondern auch für andere Zwecke flüssige Mittel behalten.

Aus den Kreisen der Mitglieder sind viele Anfragen des Inhalts gekommen, wie lange der Verband noch den gestellten ungeheuren finanziellen Anforderungen standhalten könne. Die Mitglieder haben also Verständnis für die Geldlage des Verbandes. Der Vorstand hofft und erwartet deshalb, daß die Mitglieder die Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung als das Beste, was sie ist, als eine Notmaßnahme, die aus der schlechten Wirtschaftslage geboren ist und die mit einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wieder beseitigt werden kann. Der DMV kann sich auch mit der verringerten Bezugsdauer und Unterstützung gegenüber anderen Verbänden noch sehr gut sehen lassen. Die meisten anderen Gewerkschaften zahlen erheblich weniger Unterstützung als der DMV, so zum Beispiel nach 52 Vollbeiträgen und ungefähr gleicher Beitragsleistung

der Fabrikarbeiterverband insgesamt 21,— M
der Gesamtverband für die öffentlichen Betriebe 26,25 M
der Holzarbeiterverband 60,— M
der Bergarbeiterverband 38,40 M
der Bekleidungsarbeiterverband den sechsfachen Beitrag fünf Wochen lang
der Maschinenarbeiterverband den vierfachen Beitrag vier Wochen lang

Dagegen zahlt der DMV nach 52 Vollbeiträgen in der 1. Klasse und nach der beabsichtigten Verringerung der Arbeitslosenunterstützung immer noch 81 M. Dieser Betrag steigt je nach Dauer der Mitgliedschaft bis 117 M. Der Grund-

gedanke der Beschlüsse des Vorstandes ist, daß vorbeugende Maßnahmen getroffen werden müssen, um nicht von unvorhergesehenen Ereignissen überrumpelt zu werden.

Der Vorsitzende Brandes teilt dazu noch folgendes mit: Die Angestellten des Verbandes haben schon seit Monaten zugunsten der Arbeitslosen auf einen Teil ihres Gehalts verzichtet. Der Vorstand schlägt vor, daß künftig

alle nach den Verbandsbeschlüssen besoldeten Angestellten auf acht vom Hundert ihres Gehalts freiwillig verzichten.

In der eingehenden Aussprache über die Vorschläge des Vorstandes wird von allen Rednern die Notwendigkeit einer vorsorglichen Festigung der Hauptkasse anerkannt. Ein Teil der Redner wünscht eine Staffelung der Bezugszeit und Beibehaltung der jetzigen Unterstützungssätze. Andere wollen nur eine Kürzung der Sätze in der 1. und 2. Beitragsklasse. Alle Redner aber sind sich darin einig, daß die Leistungen mit den Einnahmen in Einklang gebracht werden müssen.

In seinem Schlußwort sagt der Kassier Schäfer, daß die Vorschläge des Vorstandes und des Ausschusses reiflich überlegt sind und daß es dem nächsten Verbandstag überlassen bleiben muß, die verlangte Staffelung der Bezugszeit für Unterstützungen einzuführen.

Der Antrag des Vorstandes wird angenommen. Das gleiche gilt für den Vorschlag des Vorstandes über den freiwilligen Verzicht der Angestellten auf 8 vH ihres Gehalts.

Es wird sodann in die Besprechung der Vorgänge auf tarifpolitischem Gebiete eingetreten. Im Vordergrund standen die Vorgänge in der Nordwestgruppe

und die weiteren Pläne der Unternehmer. Hierüber spricht, die Sache einleitend, der Vorsitzende Reichel. Er beschäftigt sich zunächst mit der von den Unternehmern im Verein mit der Regierung durchgeführten Lohnabbauaktion, die in der Mittellinie eine Senkung des Tariflohns um 6 vH gebracht hat. Dazu kommen die Lohnausfälle, die seit Jahr und Tag infolge des Abbaus der Akkorde erfolgen. Der DMV hat alles mögliche getan, um die Absichten der Unternehmer zu verhindern, und zu einem Teil ist dies auch gelungen. Der Redner behandelt die Vorgänge in der Nordwestgruppe, die Absichten der eisenschaffenden Industrie über die Abdingbarkeit der Tarifverträge und die Parole der Schwerindustriellen, wonach jeder lohnoder gehaltsempfangende Deutsche sich einer

Lohnkürzung von 20 vH unterwerfen müsse.

Die Unternehmer im Ruhrgebiet drohen, so führte der Redner weiter aus, die Stilllegung weiterer Betriebe mit etwa 20- bis 30 000 Arbeitern an. Daraus geht hervor, daß eine Zustimmung im Fall Meiderich sich „wie eine Lawine über das Ruhrgebiet gewälzt hätte“ und alle Arbeiter der Schwerindustrie unter den gleichen verschlechterten Bedingungen hätten arbeiten müssen, die man in Meiderich vorsah. Weder die Regierung noch eine andere behördliche Stelle hat den ersten Willen, den Plänen der Unternehmer entgegenzutreten. Der Redner kommt auf die Absichten der Unternehmer zu sprechen, im Laufe dieses Sommers einen weiteren Lohnabbau vorzunehmen. Mit Hilfe der Schlichter haben die Unternehmer erreicht, daß zahlreiche Lohnverträge im Juni und Juli ablaufen. Mit voller Absicht ist eine Zusammenfassung der Tarifgebiete vorgenommen worden, um den geplanten zweiten Lohnabbau leichter vornehmen zu können. Leider ist zu befürchten, daß die Schlichter wiederum auf der Unternehmenseite stehen werden. Alle vergessen, daß die Grenze des Möglichen bereits unterschritten, ein weiterer Lohnabbau untragbar ist.

In der sehr ersten und gründlichen Aussprache, an der sich Brandes (Berlin), Wolf (Essen), Heide (München), Schulenburg (Karlsruhe), Ulrich (Berlin), Schäfer (Leipzig), Teichgräber (Dresden), Wunderlich (Altenburg), Bredow (Berlin), Kummer (Berlin), Handke (Berlin), Gubatz (Bielefeld), Schliestedt (Berlin), Mieses (Berlin), Pichler (Mainz), Kaulfers (Magdeburg) und Weise (Hildesheim) beteiligten, werden die Möglichkeiten der Abwehr der Unternehmerpläne erörtert. Diese soll entschieden durchgeführt werden, um die Absichten der Unternehmer zu durchkreuzen.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden, der alle Vorschläge zusammenfaßt und gliedert, wird angenommen die folgende

Entschliebung:

Der Erweiterte Beirat des DMV verurteilt aufs entschiedenste den von der Regierung eingeleiteten und von den Unternehmern noch übersteigerten allgemeinen Lohnabbau. Er legt insbesondere scharfe Verwahrung ein gegen den erneuten Versuch der eisenschaffenden Industrie, unter dem Druck der Androhung von Stilllegungen industrieller Anlagen, die überaus niedrigen Tarifstundenlöhne um weitere 20 vH herabzusetzen. Übersetzungen industrieller Anlagen sind nicht mit dem Mittel des Lohnabbaus, sondern durch systematische Schaffung zusätzlicher Arbeitsmöglichkeiten zu begegnen.

Darüber hinaus lenkt der Beirat die Aufmerksamkeit der Mitgliedschaft und der Öffentlichkeit auf die im Hintergrund des Lohnabbaus lauernde Absicht der industriellen Scharfmacher auf Beseitigung der Tarifverträge überhaupt. Schwerste Erschütterungen des Volks- und Wirtschaftslebens müßten die Folgen dieser wahnsinnigen Scharfmacherpolitik sein.

Der Beirat lehnt ferner das Ansinnen auf Abdingung laufender Lohnverträge entschieden ab. Die Tarifstundenlöhne müssen angesichts ihres niedrigen Standes auch beim Ablauf des geltenden Lohnvertrages als unantastbar gelten.

Der Erweiterte Beirat fordert sofortige Maßnahmen zur Wiederinstellung der Arbeitslosen in die Produktion. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden, ist zu diesem Zwecke dringendes Erfordernis. Der Beirat bezeichnet deshalb Schließsprüche, die trotz der Massenarbeitslosigkeit noch eine selbst 48 Stunden übersteigende wöchentliche Arbeitszeit festlegen, für einen Skandal. Er verlangt von den zuständigen Instanzen der Arbeiterklasse Schritte, um solchen Skandal ein Ende zu machen.

Um den öffentlichen Körperschaften wieder die Möglichkeit zu starker Beeinflussung des Arbeitsmarktes und zur Zahlung ausreichender Unterstützung für die aus der staatlichen Versicherung zu geben, ist Ordnung und Festigung der öffentlichen Haushalte im Reiche, den Ländern und Gemeinden nötig.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 - 6753

Mit Sonntag, dem 15. März, ist der 12. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. März 1931 fällig.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hannover: Der Metallarbeiter Karl Reck, geb. am 3. April 1908 zu Godenau, Mitgliedsbuch Nr. 6 838 252, wegen Streikbruch.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo ein Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt.“ ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Gustav Schulenburg Jubilar

Kürzlich konnte unser Geschäftsführer in Karlsruhe, Gustav Schulenburg sein 25jähriges Jubiläum als Angestellter der DMV begehen. Er gehört seit seiner frühesten Jugend der Gewerkschaft an. Anfangs der 1890er Jahre kam er nach Straßburg, wo er den preussischen Kommiss zu erleiden hatte. Im Jahre 1899 wurde er zum Bevollmächtigten des DMV in Straßburg erkoren, wo er versuchte, die Fachorganisationen zu vereinigen. Als dies geglückt, stieg die Mitgliederzahl, die ehemals 43 betragen hatte, auf 600. Nun war es nicht mehr möglich, die Verbandsgeschäfte auf diesem steinigen Gebiet, wie es Elsaß-Lothringen von jeher gewesen, noch im Nebenamt zu besorgen. So wurde denn Sch. 1906 zum besoldeten Bevollmächtigten gewählt. Außer seiner gewiß nicht leichten Gewerkschaftstätigkeit kandidierte er für den Reichstag, war Stadtverordneter von Straßburg, außerdem war er im Konsumverein der Krankenkasse und der Landesversicherung tätig.

Sofort nach Kriegsausbruch wurde Schulenburg eingezogen. Die ihres erprobten Führers beraubte Mitgliedschaft ging rasch zurück. Als er 1917 vom Militär losgelassen werden konnte waren die 3000 Mitglieder auf 346 zusammengeschmolzen. Am 25. November 1918 wurde unser Kollege auf Anweisung von Paris aus verhaftet, auf Thann gebracht und vier Wochen später über die Rheinbrücke von Kehl nach Deutschland abgeschoben. Er ging nach Karlsruhe. Hier waren durch das Ausscheiden zweier Funktionäre Lücken entstanden, für die Schulenburg wie geschaffen war. Er wurde Ende 1919 zum Bevollmächtigten gewählt. In dieser Stellung wirkt er noch heute mit der alten Treue und Liebe zu seiner Kollegschaft. Dabei wird es sicherlich noch lange bleiben. Denn die Last der Jahre wie die vielen „Annehmlichkeiten“ des Berufs haben weder seiner Arbeitskraft und seinem Eifer nach Abbruch zutun vermocht. Mit den Karlsruher Kollegen bringen wir unserm wackren Kameraden brüderliche Glückwünsche zu seinem Jubiläum dar.

Straßenbenennung nach Gewerkschaftern

In Berlin sind kürzlich Straßen nach Gewerkschaftsführern benannt worden. Die Gehag, eine den Berliner Gewerkschaften nahestehende Bau- und Siedlungsgesellschaft, hat neben anderen großen Bauten auch den Baublock errichtet, den den Namen Wohnstadt Carl Legien trägt. Auf Vorschlag der Gehag ist nun innerhalb der Wohnstadt durch die Polizeipräsidenten eine Reihe von Straßen neu benannt worden. Sie heißen jetzt: Segitzstraße, Jäckelstraße, Elmstraße, Massinstraße, Silberschmidtweg, Dißmannweg. Einigen bedeutenden Gewerkschaftsführern ist hier ein stilles Denkmal gesetzt worden. Es ist erfreulich, daß die Behörden bei der Benennung von Straßen sich auch der Namen von Gewerkschaftern entsinnen.

Wir glauben, annehmen zu dürfen, daß dies nur der Anfang ist. Je mehr wir uns von der monarchischen Zeit, die von der Anhödelei der herrschenden Sippe durch „liberale“ Stadtverwaltungen noch abstoßender wurde, entfernen, desto mehr wird man davon abkommen, Straßen und Plätze nach aufgelassenen Ballonmützen, Industrierittern, Säbelschleifern und Gottesgnädlingen zu benennen. Denn Menschen, von denen man weiter nichts weiß, als daß sie geboren, auf anderer Leute Kosten gemästet wurden und nur Unheil gestiftet haben, verdienen sicherlich keine öffentliche Ehrung. Man wird sich daher immer mehr Personen zur Benennung für Straßen und Plätze wählen, die sich durch ihre Tätigkeit für die Allgemeinheit verdient gemacht haben.

SPRACHECKE

O, diese Fremdwörter

Die Heilkunst war für das Volk immer vom Schleier der Geheimnisvollen bedeckt. Symbolisch ist dafür noch heute die meist unleserliche Schrift der Ärzte auf Rezepten. Nur der Apotheker kann sie entziffern. Da bekommt man Mittel gegen den Reibmatismus (Rheumatismus) und gegen die Infauzenza (Influenza). Gegen Magenverstopfung hilft doppelsoberkandenes Nashorn (doppelkohlensaures Natron).

Am Sonntag gibt es zum Nachtsich Familienkleister (Vanillenspeise). Dann zündet sich der Vater eine Ziehjanz (Zigarre) an und geht aus. Auf dem Trittoar (Trottoir) begegnet er dem Nachbarn. Mit dem unterhält er sich über die Frau eines Bekannten, die eine Zanktippe (Xanthippe) sei. Früher sprach man auch gern von der Zuvielliste (Zivilliste) des Kaisers. Solche Reden ließ man aber nicht gern vom Gänsedarm (Gendarm) hören. War nun die Zigarre ganz ratzekahl (radikal) aufgeraucht, dann ging man wieder nach Hause und fütterte in aller Ruhe den Kanalfenvogel. Da kennt man Muskeltiere (Muskeltiere) und Fuseltiere (Fuseltiere). Kennen Sie die Schlacht bei Lehmanns (Le Mans)? Sachsen erzählen wohl von dem wunderlichen französischen Ort Saint Maria schcene (Sainte-Marie-aux-Chênes).

Die Geldgeber des Faschismus

Es ist das Verdienst des bekannten bürgerlichen Journalisten Lewinsohn (Morus), durch Aufzeichnung direkter Verbindungen zwischen der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ und den Vertretern der Schwerindustrie die Bestätigung für die in der Arbeiterschaft schon längst vertretene Ansicht gegeben zu haben. Von nationalsozialistischer Seite selbst ist das Vorhandensein derartiger Beziehungen bisher auf das heftigste geleugnet worden. Es wurde mit Recht befürchtet, daß ein Bekanntwerden dieser tatsächlich bestehenden finanziellen Beziehungen von höchst unerwünschten Wirkungen auf die proletarische Anhängerschaft dieser merkwürdigen „Arbeiterpartei“ sein würde. Freilich, so öffentlich wie in Österreich die großindustriellen Geldgeber der Heimwehren treten die Geldgeber der deutschen Nationalsozialisten nicht in Erscheinung. Aber wie bei den Heimwehren und wie beim Stahlhelm standen auch bei der Gründung der NSDAP Vertreter der Großindustrie Pate. Hauptgeldgeber sind vor allem bayrische Industrielle. Die Spenden nehmen ihren Umweg über die Unternehmerorganisationen. Der Leiter des Bayerischen Industriellen-Verbandes, Geheimrat Aust, und sein Schwiegersohn, der Verbandsyndikus Kuhlo, vermitteln selbst die Gelder an die nationalsozialistische Bewegung. Der Kulmbacher Fabrikant Hornschuch und die Münchener Industriellenfamilie Maffei betätigen sich in der gleichen Richtung. Ein anderer Geldgeber, der Geheime Kommerzienrat Zentz, unterstützt mehr die bayrisch-katholisch eingestellten Heimwehren, während der Kommerzienrat Seitz und Generalkonsul Scharrer sich darum bemühen, die noch unabhängige bürgerliche Münchener Presse für die „nationale Sache“ zu gewinnen.

Schon bei den Hitler-Prozessen stellte es sich heraus, daß Hitler auch außerhalb des bayrischen Industriekreises über viel goldreiche Hände verfügte. So unterstützten ihn von Berlin aus die Borsigwerke und, nachhaltiger, der damalige Mitinhaber der Klavierfabrik Bechstein, Edwin Bechstein, in Sachsen Geheimrat v. Philippa, aus dem Ruhrgebiet sandte der Verein der Eisenhüttenleute erhebliche Summen, und auch die württembergische Maschinenindustrie hatte Geld für die Hitlerbewegung übrig.

Das merkwürdigste Ergebnis war jedenfalls, daß die Prozesse einigermaßen erkennen ließen, in welchem Umfang Hitler auch aus dem Ausland finanziert worden ist. Da stellten ihm Schweizer Freunde 330 000 Franken zur Verfügung, da sammelte der Universitätsprofessor Freiherr von Bissing in Holland Gulden für Hitlers beabsichtigten Staatsstreich, da drückten Deutsch-Amerikaner ihm durch Dollarspenden ihre Zuneigung aus. Aber auch in der Tschechoslowakei nahmen die Industriellen

v. Dunschnitz, v. Arthaber und selbst Direktoren der größten Rüstungsfirma, der von den Franzosen kontrollierten Skodawerke, an den Geldsammlungen für Hitler teil. Gewiß versprach sich die Rüstungsindustrie von dem Vormarsch Hitlers, wohin er auch immer zuerst marschierte, manches Gute.

Seitdem haben sich die Geldquellen der Hitlerpartei nicht viel geändert. Vertreter der bayrischen Großindustrie zählen nach wie vor zu ihren Geldgebern, so der Geheimrat Aust, Dr. Kuhlo und der Generaldirektor Wacker. Auch aus dem Ruhrgebiet fließen ihr Geldmittel zu, so von dem Schwerindustriellen Emil Kirdorf. In Sachsen sammelt der Textilindustrielle Mutschmann bei seinen Standesgenossen Geld für die Nationalsozialisten.

Die großen Unternehmerverbände haben sich jedoch bisher in ihrer Sympathie für die Nationalsozialisten noch nicht soweit bewegen lassen, aus ihrem Wahlfonds größere Beträge für Hitler abzugeben. Wahrscheinlich hatten sie noch bis zur letzten Reichstagswahl manches an der nationalsozialistischen Bewegung auszusetzen. Seitdem aber haben sich ihre größten Wortführer die erdenklichste Mühe gegeben, die Bedenken der Herren von der Schwerindustrie zu zerstreuen.

Ein weiterer Beweis für die Unterstützung der Nationalsozialisten durch die Großindustrie ist die Art und Weise, wie sie in den Berliner Großbetrieben, zum Beispiel bei Siemens und bei Borsig, planmäßig gefördert werden. Sie dienen dort ganz offensichtlich den Unternehmern als Werkzeuge gegen die freien Gewerkschaften.

Über den damit beabsichtigten Zweck kann in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft kein Zweifel bestehen. Die Herren von der Industrie sind zu kluge Geschäftsleute, als daß sie ihr Geld ohne gezielten Gegenwert ausgeben würden. Herr Hitler besitzt ein Zauberwörtchen, mit dem es ihm gelingt, selbst die dichtesten Geldschranke zu öffnen. Dieses Zauberwort heißt: **Gegen den Marxismus!**

Gegen den Marxismus heißt, in dem Jargon der Nationalsozialisten und ihrer Geldgeber, nichts anderes als: **Gegen die Arbeiterschaft!** In dem Geschrei gegen den Marxismus drückt sich der grimmige Haß der Ausbeuter gegen die Arbeiter aus. Die Ausbeuter wollen, daß die organisierte Arbeiterschaft verwirrt, zerklüftet, geschwächt und vernichtet wird. Denn nur wenn das geschehen ist, können die Ausbeuter wieder wie einst schinden und mißhandeln, können sie wieder die Herren im eignen Hause so dreist wie früher spielen. Darum spenden die sonst filzigen Hände dicke Goldstangen für die Nationalsozialisten. Diese Ausgaben hoffen die Ausbeuter später mit Zins und Zinseszins den Arbeitern wieder abnehmen zu können. A. B.

Wie in Bamberg wars überall

(Nachdruck verboten!)

Da hat neulich die Städtische Gasanstalt in der Erzbischofsstadt Bamberg in Bayern ihr 75jähriges Jubiläum gefeiert. Groß und deutlich stand das in der Ortspresse zu lesen. Und all die Direktoren, die das Werk hatte, waren genannt. Dabei stand noch zu lesen, daß durch diese Herren das Werk so ein Aufblühen erlebt habe. Gewiß, ein Direktor soll ruhig auch da sein in solch einem Werke; aber das Aufblühen in den letzten 50 Jahren hat doch ganz andere Grundlagen. Die Arbeiter des Werkes haben das Werk hochgebracht. Mein Vater hat dort 25 Jahre als Ofenarbeiter gestanden, und ich habe als Schulknabe gesehen, was dort gearbeitet werden mußte.

Also stellen wir uns einmal einen Vorkriegstag in dem Gaswerk zu Bamberg vor, das jetzt nach 50 Jahren so groß und reich geworden ist: früh um 1/5 Uhr stand mein Vater auf, trank seinen Malzkaffee und hatte eine gute halbe Wegstunde in die Gasfabrik, wie der Volksmund das Gaswerk damals bezeichnete. Pünktlich um 6 Uhr mußte er in seinem Arbeitsanzug vor den Ofen stehen; also mußte er doch des Umziehens wegen schon 1/6 Uhr früh in dem Werke sein. Selbstredend begann aber die bezahlte Arbeit erst um 6 Uhr morgens. Dann ging die Arbeit durch bis abends 6 Uhr, volle 12 Stunden. Da war eine Mittagspause von 1/2 Stunde darinnen. Das weiß ich sehr genau, denn als Schulknabe brachte ich meinem, vom Feuer und Ruß ganz schwarzen Vater oft das Mittagbrot. Da mußte ich immer warten, bis die großen Ofen im Gaswerk „geladen“ waren, das heißt mit einer eigenen Vorrichtung mit Kohlen vollgefüllt gewesen sind. Darin bestand die Haupttätigkeit der Gaswerksarbeiter, die natürlich auch die Kohlen von den Halden in das Werk fahren mußten, und die **Zerkleinerung der Kohle oblag ihnen auch.**

Wenn es je eines Arbeiterschutzes bedurft hätte, dann wäre es hier gewesen. In der Ofenhalle war tagaus, tagein eine „Höllenhitze“. War dort die Arbeit getan, mußten die Arbeiter mit den Radkarren in die Halden und Kohlen holen, bei Wind und Wetter im allerstrengsten Winter! Daran ist meines Erachtens mein Vater auch gestorben. Er war ein Riese, der mindestens 75 Jahre alt geworden wäre, so mußte er mit 59 Jahren ins Grab. Herz und Lunge müssen bei solchen Gegensätzlichkeiten unbedingt kaputt gehen. Es gab zwar auch schon Gewerbeaufsichtsamter und Arbeiterschutz, aber in diesem jetzt so emporgeblühten Gaswerk zu Bamberg habe ich niemals was davon gesehen.

Daß an Sonn- und Feiertagen gearbeitet werden muß, ist unausbleiblich. Aber auf das Wie kommt es auch da an. Viele, viele Jahre lang mußten die Bamberger Gasarbeiter schon am Samstag, abends um 6 Uhr, „antreten“ zur Arbeit, die ganze Nacht zum Sonntag durcharbeiten und am ganzen Sonntag auch! Die Lohnlisten des Gaswerkes zu Bamberg müssen das heute noch nachweisen. Das war die „große Schicht“. Die wurde selbst einem „Bären“ wie meinem Vater recht lang und er kam immer ganz zermalmt nach Hause. Wenn meine ziemlich katholische Mutter sagte, er soll doch mit in die Kirche, meinte mein Vater wirklich mit vollem Recht, er wolle den ganzen Sonntag in die Kirche gehen, wenn der Pfarrer einmal die „lange Schicht“ für ihn übernehmen könnte!

Man unterschied damals die große Woche, das war die mit der „langen Schicht“, und die kleine Woche, also ohne Sonntagsarbeit, was wohl alle drei bis vier Wochen einmal vorkam. In der „großen Woche“ hat mein Vater 26 M in der Woche verdient, in der „kleinen“ kam er auch mit 17,50 M Wochenlohn nach Hause. Da sind „wir“ natürlich fett geworden, und jetzt nach 75 Jahren haben wir ein blühendes, Städtisches Gaswerk zu Bamberg, das zu den besteingerichteten Werken dieser Art in ganz Bayern zählt! Und die verschiedenen Direktoren des Werkes haben daran den Löwenanteil! So steht es in der Tagespresse von Bamberg.

Die einzige Errungenschaft, die ich in diesem Gaswerk für die Arbeiter sah, war, daß man um das Jahr 1912 herum einen kleinen Dampfkessel in die „Frühstücksstube“ einbauen ließ — Dampf kostet dem Werke ja nichts — und sich die Leute heißes Wasser machen konnten. Das war alles. Urlaub gab es ein bis zwei Tage, wenn man etwa zehn Jahre im Werke beschäftigt war, ununterbrochen natürlich, das aber hatte seinen Haken. Denn im Sommer brannten die Bamberger wenig Gas. Da wurden immer Arbeiter vorübergehend entlassen, sie mußten „aussetzen“. Wenn sie im Herbst wieder eingestellt wurden, konnten sie doch nicht von Urlaub reden, weil sie erstens doch Urlaub (auf ihre eigenen Kosten natürlich) gehabt hatten, und weil sie zweitens nicht ununterbrochen im ganzen Jahre tätig waren. Nach der Revolution ist natürlich auch in diesem Werke vieles anders geworden, vor allem wurden ja drei Schichten je acht Stunden eingerichtet, und es gab auch Urlaub. Die Bezahlung aber war immer „bambergerisch“.

Es ist recht schön, wenn sich die Städte große Werke bauen und die Leistungen ihrer Direktoren in goldene Rahmen setzen. Wir aber schauen tiefer. W. H.

Was der Stahltrust verschweigt

Bilanz und Geschäftsbericht des Stahltrusts für das Ende September 1930 abgeschlossene Wirtschaftsjahr 1929/30 wurden veröffentlicht. Sie spiegeln die durch die Wirtschaftskrise verursachte schlechte Lage wider. Der Umsatzrückgang betrug nach dem Bericht 13,6 vH gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter war Ende September 1930 um beinahe 25 vH geringer als ein Jahr zuvor. Sie sank von 176 716 auf 134 708. Der ausgewiesene Reingewinn sank von 52,7 auf 35,6 Millionen M. Die Dividende wurde von 6 auf 4 vH gesenkt.

Es ist selbstverständlich, daß die starke Produktionseinschränkung in der Krise die Lage des Stahltrusts ungünstig beeinflussen muß. Angesichts der gewaltigen stehenden Anlagen, die im Stahltrust Jahr für Jahr erweitert wurden, bedeutet jede Produktionseinschränkung eine entsprechende Steigerung der Selbstkosten. Diese können durch Lohnersparnisse nicht aufgewogen werden; Entlassungen, Feierschichten, Lohnabbau infolge des Oeynhausener Schiedspruchs, Abbau von über tariflichen Leistungen können diese Kostensteigerung nicht ausgleichen.

Der Geschäftsbericht des Stahltrusts bedeutet in zweierlei Richtung den Gipfel der Unaufrichtigkeit. Einmal, als er für die Verschlechterung der Lage die hohen Löhne und die sozialpolitischen Ausgaben verantwortlich macht. Es waren die gewaltigen Anlagekosten, die das Geschäftsergebnis bei der eingetretenen Produktionseinschränkung ungünstig beeinflussten. Wurde doch nach dem Ausweis der Geschäftsberichte des Stahltrusts selbst in den Jahren seit der Gründung des Stahltrusts Mitte 1926 neue Anlagen in der Höhe von fast 400 Millionen, zum allergrößten Teil aus laufenden Gewinnen, gebaut, die jetzt aus den laufenden Einnahmen abgeschrieben werden müssen. Man hat in der Tat bisher schon soviel abgeschrieben — 400 Millionen M —, daß der Wert der gesamten Anlagen des Stahltrusts in der jüngsten Bilanz trotz jener Neuanlagen nicht größer erscheint als der Anlagewert bei der Gründung des Stahltrusts.

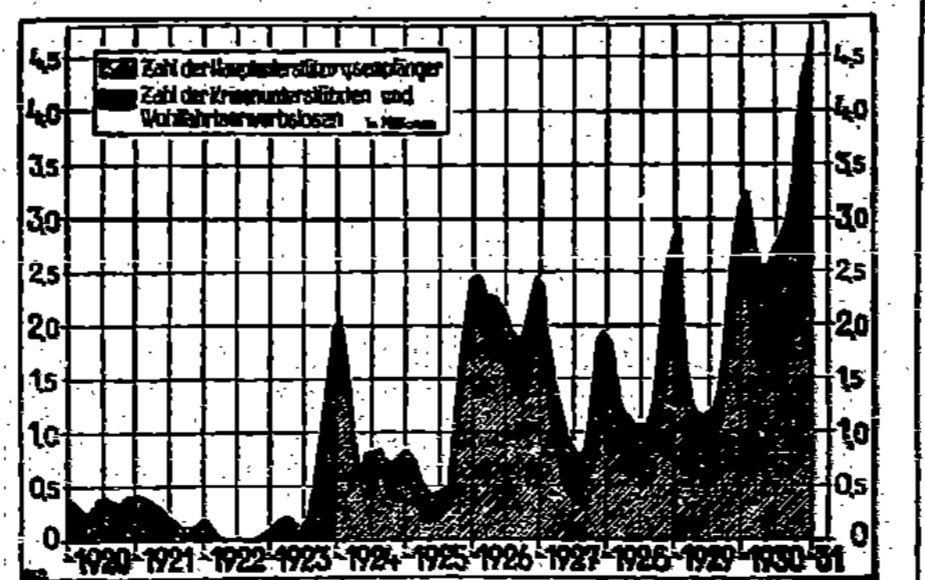
Die Geschäftsergebnisse wurden außerdem stark beeinträchtigt durch die gewaltigen Verpflichtungen, die der Stahltrust durch Kauf von Quoten anderer schwerindustrieller Unternehmen auf sich nahm. Von diesen Quotenübertragungen konnte jedoch der Stahltrust infolge der Krise keinen Nutzen ziehen, da er seine Produktion nicht erweitern konnte. So blieb ihm nur die große Last der Rentenzahlung an die früheren Eigentümer der aufgekauften Anteile. Anfang 1930 mußte zudem der Stahltrust noch ein riesiges Opfer bringen, als er an der Spitze eines Konsortiums eine Anzahl von Betrieben, die zum Teil außerhalb des Eisenkartells standen, aufkaufte. Dieser Kauf erfolgte rein zu dem Zweck, um die Erneuerung des Eisenkartells auf zehn Jahre und die Befestigung des Eisenmonopols zu sichern. Er war erforderlich, um widerstrebende Kartellmitglieder durch Quotengeschenke zu besänftigen und die Zahl der Außenseiter des Kartells auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Aus diesen Käufen entstand dem Stahltrust eine herabzusetzende Belastung, über deren Höhe der Bericht gewaltige Belästigung, über deren Höhe der Bericht nichts mitteilt. Auf der andern Seite vermochte infolge der Krise die Befestigung des Eisenmonopols dem Stahltrust bisher nicht den erhofften Nutzen zu bringen. Endlich waren es die langfristigen Erzverträge des Stahltrusts, die dessen Lage erheblich verschlechterten. Der Stahltrust konnte weder den Vorteil des auf dem Weltmarkt verbilligten Eisenerzbezugs ausnutzen, noch den der gewaltigen Senkung der Schrottpreise, ausnutzen, noch den der Lieferungsverträge gebunden, teures Erz übernehmen und verarbeiten mußte. Soweit also die Lage des Stahltrusts sich im Berichtsjahr verschlechterte, so hatte das mit hohen Löhnen nichts zu tun.

Auf der andern Seite muß aber betont werden, daß die Verschlechterung der Lage des Stahltrusts im abgelaufenen Wirt-

schaftsjahr bei weitem nicht so stark war, wie der Stahltrust es in seinem Bericht glauben machen will. Der Rückgang des Reingewinns um 17 Millionen M besagt recht wenig, wenn man bedenkt, daß im Berichtsjahr noch Neuanlagen im Werte von 67 Millionen M hinzugekommen sind. Die Anlagezugänge in diesem Jahr waren dreimal so hoch wie im Vorjahr. Der Stahltrust machte in diesem Jahr neben dem Erwerb der Anlagen der Bochumer Stahlindustrie noch große Aufwendungen für den Ausbau der begonnenen drei Grobkokerien. Dieser große Anlagezuwachs wurde aber offenbar aus laufenden Gewinnen bestritten. Die Verschuldung des Stahltrusts erhöhte sich zwar in diesem Jahr um 76 Millionen M, demgegenüber sind die Warenbestände des Trusts, wie der Bericht versichert, bei sehr vorsichtiger Bewertung um 79 Millionen M gestiegen. Alles in allem war also das Geschäftsjahr für den Stahltrust recht günstig und die Herabsetzung der Dividende von 6 auf 4 vH dürfte nur erfolgt sein, einmal, um der Verschärfung der Krise nach Abschluß des Geschäftsjahres Rechnung zu tragen, zum andern, weil der Stahltrust keine neuen Anleihepläne hat und deshalb sich gestatten kann, auf die Verteilung einer größeren Dividende zu verzichten und seine Gewinne im Rahmen des Unternehmens zu verwenden.

Die ausgesteuerten Erwerbslosen

Wenn auch seit der Jahreswende die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden in Deutschland nicht mehr stark gestiegen ist, so ist seit dem Winter 1929/30 die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen, die aus den Mitteln der Städte unterstützt werden, und die der Krisenunterstützten mehr als dreimal so groß geworden. Dadurch wird die Finanzlage, hauptsächlich die der Industriestädte, immer schwieriger, und man wird die Forderung der Städte auf einheitliche Regelung auch der Unterstützung der ausgesteuerten Erwerbslosen vom Reiche aus nicht mehr länger



zurückweisen können, wenn nicht die Finanzen der Städte immer mehr in Unordnung geraten sollen. Das Bild zeigt auch deutlich, wie seit der Inflation die Durchschnittszahl der Arbeitslosen von Jahr zu Jahr auch ohne Wirtschaftskrise etwas ansteigt, was sicherlich zum größten Teil auf die Durchführung der Rationalisierung in vielen Gewerbezweigen zurückzuführen ist. Daraus ergibt sich, daß eben eine größere Zahl von Arbeitern und Angestellten auch nach Besorgung der Weltwirtschaftskrise zunächst nicht in den Erwerbsprozeß zurückkehren kann.

Sowjetrußland

Vom Bau eines Industrieriesen

Aus Magnitogorsk (Uralgebiet) wird den Iswestija (3. 1.) über die Fortschritte im Bau der Magnitogorskischen Werke folgendes berichtet:

„Im vergangenen Jahr haben die Bauarbeiter eine Reihe von sehr wesentlichen Errungenschaften zu verzeichnen: Vortermilch ist der Bau des Staudammes abgeschlossen, die Fundamente der drei Hochöfen sind erbaut, die Gebäude des Elektrizitätswerks und der chemischen Werke wachsen schnell. Am 1. August gab es im Baubezirk nur 84 Stoßbrigaden, die 1400 Arbeiter umfaßten. Zurzeit beträgt die Zahl dieser Brigaden annähernd 8000. Aber trotz aller dieser Erfolge ist es nicht möglich gewesen, die planmäßigen Vorschläge durchzuführen. Im verfloßenen Vierteljahr sind nur 74,5 vH des Bauplanes geleistet worden. Das neue Jahr wird für den Bau von Magnitostroi entscheidend sein. Am 1. Oktober soll die Zahl der Bauarbeiter 50 000 erreichen. Die Verfügung der Partei, wonach im Oktober die ersten zwei Hochöfen in Betrieb genommen werden sollen, das Elektrizitätswerk erbaut, die chemischen Werke fertiggestellt und die Erzbergwerke in Angriff genommen werden sollen und im Jahre 1931 1 750 000 t Eisenerze zu fördern sind soll durchgeführt werden. Die großen Schneeverwehungen und starken Fröste schrecken die Stoßtruppbauarbeiter nicht. Am 29. Dezember forderte die Bauverwaltung in Anbetracht eines Frostes von 40 Grad die Arbeiter auf, die Baustätte zu verlassen. Trotzdem blieb eine ganze Reihe von Zimmerern, Betonarbeitern und anderen auf dem Bau.

Im übrigen sind auch zahlreiche Mängel und Mißstände zu verzeichnen. So werden von dem Ingenieur I. 24 wertvolle Besserungsvorschläge nicht beachtet und der Elektroingenieur S hat im letzten Vierteljahr keinen einzigen Besserungsvorschlag der Arbeiter durchgeführt. Beide Ingenieure sind dem Gericht überwiesen. Die Verwaltung ist gar nicht um eine Verbilligung des Baus besorgt. Die Leiter zahlreicher Bauabschnitte haben ohne jeden Grund letatim die Baukosten heraufgesetzt. Allein im September sind in vier Bauabschnitten mehr als 40 000 Rubel überzahlt worden.“

Es handelt sich beim Magnitostroi um die Errichtung eines sogenannten Kombinars von Stahl- und Walzwerk, Hochöfen, Verwertung von chemischen Nebenprodukten usw. Es soll eines der größten Werke der Welt werden.

SCHRIFTENSCHAU

Sozialistische Bildung. Mit den Beilagen Bücherwarte und sozialistische Erziehung. Die Januarnummer bringt einen Artikel von Heinrich Schulz über Kulturreaktion und Faschismus. Ferner behandelt J. Albert „Politischer Katholizismus und Nationalsozialismus“.

Ein Jahrzehnt Völkerbund. Unter diesem Titel ist im Verlag Völkermagazin Marquard & Co., Berlin W 62, ein mit Bildern versehenes Werk erschienen, das die Arbeit des Völkerbundes würdigt.

Flucht. Von Francesco F. Nitti. Die persönlichen Erlebnisse eines politischen Gefangenen, der von der faschistischen Teufelsinsel Lipari befreit wurde.

Flucht. Von Francesco F. Nitti. Die persönlichen Erlebnisse eines politischen Gefangenen, der von der faschistischen Teufelsinsel Lipari befreit wurde.

leinen gebunden 4,80 M. Verlag: Müller u. Klepshauer GmbH Potsdam. Zu beziehen aus der Verlagsgesellschaft des DMV

Deutsches Gesundheitsrechenbuch. Bearbeitet von Schulze-Wilhelm Gerbig. Vorwort von Dr. med. h. c. H. Neumann, Präsident der Landesversicherungsanstalt in Hessen.

Der Klassenkampf. Diese Zweiwochenschrift der sozialdemokratischen Opposition ist von der Laubschen Verlagshandlung, Berlin W 30, und allen Postanstalten für monatlich 0,85 M zu beziehen.

Die Zentralheizung und ihre Bedienung. Ein Taschenbuch zur Anleitung für Hausbesitzer, Hausverwalter, Heizer und Heizungstechniker.

Die verlorene Gesundheit zurück

brachten schon Tausenden und bringen auch Ihnen die allbewährten und weltbekannten Philippsburger

Herbaria-Kräuterheilmittel

welche wir jetzt in folgenden alten, erprobten und praktischen neuzzeitlichen Verbrauchsformen herstellen.

Herbaria-Kräuter-Tees. In der allbewährten Gabe hergestellte, mildernde Spezial-Kräuter-Mischungen.

Herbaria-Kräuter-Pulver. Aus Herbaria-Kräuter-Mischungen hergestelltes Pulver, welches in Wasser oder Milch vermischt leicht zu trinken ist.

Herbaria-Kräuter-Kapseln. Mit Herbaria-Kräuter-Pulver gefüllte, kleine, überall leicht einzunehmende Kapseln.

Herbaria-Kräuter-Tabletten. Aus Herbaria-Kräuter-Pulver hergestellte Tabletten ohne Zusätze, welche die Wirkung beschleunigen.

Herbaria-Kräuter-Säfte. Aus reinen Kräutern abgepresste Säfte, welche die Wirkung beschleunigen.

Table with 2 columns: No. and Anwendung bei: (Application in cases of). Lists various ailments like Rheumatismus, Gicht, etc.

Einige der Tausende Dankschreiben:

Ein im 70. Lebensjahr mit heftigen Rheumatismus-Zer und Gelenks-Neuritis-Zuständen seit einigen Jahren, der Erfolg ist überraschend.

Über den Erfolg mit Ihren Kräuterpulvern Nr. 49 (bei Gelenks-Neuritis) bin ich höchst erfreut und schon heute von mir aus sehr zufrieden.

Herbaria-Kräuterparadies, Philippsberg 304 (Baden)

Herbaria-Kräuterparadies, Philippsberg 304 (Baden). Besondere Heilwirkung bei allen rheumatischen, nervösen, nervösen und Gelenks-Erkrankungen.

Kaufbare blauen Arbeitsanzüge direkt von der Fabrik. Wir liefern: Blaue Arbeitsanzüge aus prima Haustuch RM 5,80, 6,10; aus Dreil oder Körper RM 6,90, 6,50.

Billige böhmische Bettfedern. Nur reine gutfüllende Sorten. Ein kg graue geschlossene Mk. 2,50, halbweiße Mk. 3,00, weiße Mk. 4,00.

Wilhelm Pahr. Berufskleidung jetzt. Berlin, Brunnenstraße 78.

Elektromeister durch Fernunterricht. Prospekt gratis. Privatlehrgänge Dipl.-Ing. LESSER.

Durch Vermittlung der Verwaltungsstellen unseres Verbandes liefern wir an unsere Mitglieder billigst:

Arbeiterrechts-Literatur und Gesetzbücher, Werke über Sozialpolitik, Arbeiterbewegung, Unterhaltungs-Literatur.

ESD-Betten. Esch a. Erlaufschloß. Kinderbett, Gästebett, Polster, Stuhlmatratze.

Tuche. Verlang Sie sofort Muster. Lehmanna & Assmann.

Zu Ostern. Fruchtwine nicht teurer als Bier. 10 Liter-Korbflesche von M. 6,80 an.

Radikaler Preisabbau! Wir besetzen durch unsere neuen Katalog-Kaufleute.

PHOTO PORST. Marken-Kameras wie Voigtlander Zeiss-Ikon.

Billige böhmische Bettfedern. 1 Pfd. graue, gut geschlossene 80 Pt., 1 Mk., halbweiße 1,20 Mk.

Neue Gänsefedern. Sie liefern Ihnen dafür: 1/4 Pfd. Seidenwolle 0,29, 1/2 Pfd. Seidenwolle 0,39.

Josef Witt, Weiden 84 Oberpfalz. Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte. Weißes Hemdentuch, Vorhangstoff, Hemdenlanel.